

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.  
 Abonnement in der Post-Vertheilungs-  
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaßte Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kreuzsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. September 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den  
**„Vorwärts“**  
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden  
**Unterhaltungsblatt**  
 und der Sonntags-Beilage  
**„Die Neue Welt“.**

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Oktober mit dem  
 Abdruck eines ergreifenden, psychologischen Romans

**Hanna**

Von Peter Egg.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure  
 sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum  
 monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-  
 stellungen zum Preise von

**3 Mark 30 Pfennig**

für die Monate Oktober, November, Dezember  
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste  
 unter Nr. 7820.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

## Erfolgsge Zedlig.

Freiherr v. Zedlig und Reulisch, Geheimen Ober-Regierungsrat,  
 Ritter hoher Orden, Präsident der Seehandlung, Mitglied des  
 preussischen Abgeordnetenhauses, Führer der freikonservativen Partei  
 ist nicht mehr — Kollege. Im Pflichtenkampf zwischen amtlicher  
 Ruhe und journalistischer Thätigkeit, zwischen Kanalhandel und See-  
 handlung entscheidet er sich für das kleine aber feste Einkommen von  
 15 000 M., das er als Präsident der preussischen Staatsbank bezieht.  
 Die „Post“ enthält folgenden Abschiedsbrief:

In eigener Sache.

Da die Richtigkeit unserer Angabe, daß Herr v. Zedlig zu  
 unsem Mitarbeiter gehörte, bezweifelt worden ist, haben wir  
 uns zur Veröffentlichung folgender Zuschrift ermächtigen lassen:

Berlin, 25. September 1899.

Geachteter Herr Chefredacteur!

Seit mehr als zwanzig Jahren habe ich Wert darauf gelegt,  
 in der „Post“ meine Ansichten über eine Reihe von politischen  
 Fragen zur Geltung bringen zu können.

Nachdem aber diese meine Thätigkeit zu Mißdeutungen  
 seitens politischer Gegner Anlaß gegeben hat, mir  
 öfter auch Artikel zugeschrieben sind, welche ich  
 nicht verfaßt habe, trete ich, nachdem ich, wie Ihnen be-  
 kannt, bereits unmittelbar nach Schluß des Landtages die nötigen  
 Schritte zur Lösung meiner Beziehungen zur „Post“ gethan hatte,  
 hiermit von jeder Mitarbeit an Ihrem Blatte zurück.

Mit vorzüglichster Hochachtung

ergebenst

Zedlig.

Der Brief spiegelt zunächst die Verwirrung wieder, in der sich  
 die „Post“ und ihr geistiger Leiter, Herr v. Zedlig, gegenwärtig be-  
 finden. Die „Post“ will ihre Behauptung vom 22. September, daß  
 Herr v. Zedlig zu ihren Mitarbeitern gehörte, durch die vom  
 25. September datierte Kündigung des Verhältnisses beweisen. In  
 nicht minderer Erregung aber befindet sich der Herr v. Zedlig, der  
 nicht einmal das Datum des Tages richtig anzugeben weiß, an dem  
 seine „Zuschrift“ in Schweiz und Mail hergestellt worden ist. Am  
 25. hatte der Vertraute Miquel und Stumm noch keineswegs Angst  
 vor Mißdeutungen, die weil erst am 26. morgens der „Vorwärts“  
 seine Thätigkeit unentzinnbar feststellte. Es scheint, daß Herr v. Zedlig-  
 Reulisch, obwohl er sich 20 Jahre lang die Finger wund geschrieben  
 noch nicht einmal die Mittel erkräftigt hat, um einen zuverlässigen,  
 „richtig gehenden“ Adresskalender zu erhalten.

In journalistischen Kreisen wird man es als eine Erniedrigung  
 der Berufssehre empfinden, daß Herr v. Zedlig-Reulisch in dem  
 Konflikt zwischen der freien Feder und der Fessel des Amtes so leichtsin-  
 die Zeitungsschreibererei aufgegeben hat, obwohl sie ihm so schöne  
 Redeneinnahmen und die mindestens eben so hoch zu wertende Ge-  
 legenheit verschaffte, die innere Politik an unsichtbaren Drähten in  
 allen gewünschten Verrenkungen zappeln zu lassen. Mag er bald  
 als ein Reuiger zu den Beiträgen und Entresilets wiedertreten,  
 wenn sein Präbendensfuß die in ihm verborgenen Sprungfedern  
 gegen den auf ihm Ruhenden loschnellen sollte. Die „Post“ wird ihn  
 mit offenen Armen aufnehmen; denn was sie ohne Zedlig ist, das  
 beweist eine andere Seite ihres heutigen Blattes, die wie folgt  
 lautet:

(Falsche Behauptungen.) Der „Vorwärts“ spricht davon, daß  
 Herr Freiherr v. Stumm in der „Post“ veröffentlichte Artikel  
 honorirt habe. Wir erklären demgegenüber hierdurch, daß  
 Herr v. Stumm niemals für in der „Post“ erschienene  
 Artikel irgendwelches Honorar gezahlt hat, und  
 wiederholen außerdem unsere schon am 28. Februar d. J. ver-  
 öffentlichte Erklärung, daß weder Herr Freiherr v. Stumm noch  
 irgend ein anderer der Herren Gesellschaft der „Post“ seit  
 Konstituierung der Gesellschaft irgend welches Geldopfer für die  
 „Post“ gebracht hat. Alles dergleichen Gerüchte beruht auf purer  
 Erfindung.

Wenn die „Post“ heute irgend ein Verbrechen begehen sollte,  
 so könnte sie getrost sich dem Gericht überlassen. Denn die obige  
 Notiz ist so gut wie ein Phylaktikum, das ihr das Bewußtsein  
 ihrer Handlungen abrennt. Wahrhaftig, wir haben uns niemals  
 eingebildet, daß Herr v. Stumm persönlich jedesmal, wenn Zedlig  
 mit einem Manuskript anrückte, ihm das Honorar in die Hand  
 drückte. Unsere schlichte, unvorderlegliche Meinung war nur, daß  
 Herr v. Zedlig aus der von Herrn v. Stumm vorzugsweise gefüllten  
 Gesellschaftskasse der „Post“ den klangvollen Lohn dafür erhielt, daß  
 er die Anschauungen des Herrschers von Saarbrücken und des preu-  
 sischen Finanzministers gleichermaßen verfocht.

Der Publizist der Kanalfronde hat gestanden und ist rechtskräftig  
 verurteilt. Aber er war doch nur Mitthäter. Wir vermiffen einen  
 zweiten Brief, der etwa folgendermaßen lauten müßte:

Berlin, 26. September.

Geachtete Redaktion!

Seit Uebernahme des Finanzministeriums lege ich Wert darauf,  
 durch den Freiherrn v. Zedlig meine Ansichten in der „Post“ ver-  
 treten zu lassen.

Da dieses Verhältnis seitens der Gegner zu Mißdeutungen  
 geführt hat, löse ich mit dem heutigen Tage, wie ich übrigens schon  
 längst beabsichtigte, dieses Verhältnis auf.

Zugleich erkläre ich, daß Freiherr v. Zedlig ohne mein Wissen  
 und wider meinen Willen den journalistischen Kampf gegen den  
 Mittelland-Kanal geleitet hat — ein Verfahren, das ich für un-  
 vereinbar mit den Pflichten eines Beamten halte und insbesondere  
 als schwerste Kompromittierung meiner Person empfinde.

Herr v. Zedlig hat mein Vertrauen getäuscht und ich be-  
 dauere, ein unschuldiger Mitschuldiger dieser Politik des doppelten  
 Spiels geworden zu sein.

Mit ergebenem Sammelgruß

Miquel, Finanzminister.

Herr v. Miquel hat diesen Brief bisher nicht geschrieben. Die  
 ihm ergebene Presse schweigt, wie denn die „Kreuz-Ztg.“ bisher kein  
 Sterbenswörtchen über die ganze Angelegenheit verraten hat.

Man weiß aber nun einmal wieder, wie die Politik bei und  
 gemacht wird. Man hat bei den heutigen Vorgängen ganz den Ein-  
 druck, als ob man die Denkwürdigkeiten Leopold v. Werlachs West- oder  
 in dem Buch von Glogau über die Gründerzeit blättert. Freilich  
 sind die Mittel, die geeignet sind, eine Diskontogesellschaft in die  
 Höhe zu bringen, nicht tauglich, ein Staatswesen erfolgreich zu leiten.

Die Affaire Zedlig-Miquel findet natürlich in der Presse große  
 Beachtung — soweit sie nicht direkt beteiligt ist.

Die „Abtische Zeitung“ bemerkt:

Angesichts dieser Zahlen scheint der Beweis erbracht, daß  
 man in Herrn v. Zedlig den geistigen Leiter der „Post“ nicht zu  
 Unrecht gesucht hat. Nebenbei bemerkt, gewinnen wir aus der  
 ungemein ausgedehnten journalistischen Thätigkeit des Herrn  
 v. Zedlig den Eindruck, daß er früher als Geheimrat amtlich recht  
 wenig beschäftigt gewesen und daß auch das Amt eines See-  
 handlungs-Präsidenten kein sehr arbeitsvolles sein muß, wenn es  
 seinem Inhaber Zeit läßt, einen Tag um den anderen auch Zeit-  
 artikel und außerdem noch massenhafte „Entresilets“ zu schreiben.

Die „National-Zeitung“ meint:

... daß die erwähnten Honorarangaben im allgemeinen die  
 Oeffentlichkeit gar nichts angehen; es ist weder  
 unehrenhaft, noch sonstige unzulässig, daß ein Beamter gegen  
 Honorar in der Presse thätig ist. Anders aber steht es um die  
 Verhältnissen des Herrn v. Zedlig in der Zeit des Kanal-  
 Kampfes; diese war eine im höchsten Maße zweideutige,  
 und gegenüber dem Verdachte der „Post“, sie als geringfügig hin-  
 zustellen, ist der Nachweis ihres Umfangs in den kritischen Monaten  
 Mai, Juni und August allerdings von Belang, zumal die  
 Angaben des „Vorwärts“ durchaus mit dem Eindruck überein-  
 stimmen, den jeder Kenner der Schreibart des Herrn v. Zedlig  
 von dem Umfange der Schriftstellererei hatte, welche der in einem  
 hohen Staatsamte befindliche, langjährige publizistische Ver-  
 trauensmann der Regierung ähnte, um, bald offen, bald  
 in krummen Wegen, die wichtigste Vorlage der Re-  
 gierung zu Halle bringen zu helfen.

In der „parteilosen“ „Täglichen Rundschau“ lesen wir:

Die reime es sich zusammen, daß Herr v. Miquel vor dem  
 Landtage die Kanalvorlage in gewichtigter Weise verteidigt und  
 an der gebührenden Mahregelung von Landräten, die nur ihre  
 Pflicht als Vollvertreter gethan haben, teilnimmt, während sein  
 nächster Vertrauter einen solchen glühenden Eifer in der Ver-  
 kämpfung eben jener Vorlage ungestraft entwickeln darf? Die  
 genährtesten Landräte sind wegen Erfüllung ihrer Pflicht in der  
 Vollvertretung, für die sie nach der Verfassung auch die Regierung  
 nicht zur Rechenschaft ziehen dürfen, bestraft worden; Herr v. Zedlig  
 aber hat außerhalb des Landtages die Regierung in schärfster  
 Weise öffentlich bekämpft und ihre Pläne vereitelt. Wenn die  
 Regierung eine solche Opposition eines ihrer höchsten Beamten für  
 angebracht hält — und sie hat die umfangreiche publizistische  
 Thätigkeit des Herrn von Zedlig, die ihr ja nicht unbekannt war,  
 bisher gebilligt —, so wird es doppelt und dreifach verwunderlich,  
 aus welchen Gründen und mit welchem Rechte sie die Landräte  
 und den Hofadel für die Gegnerschaft gegen den Kanal bestraft  
 hat. Ihrem Vorgehen haftet nach der Angabe des „Vorwärts“  
 nicht nur der Vorwurf der Geschäftigkeit, Unklug-  
 heit und Rechtslosigkeit, sondern auch der der In-  
 konsequenz an.

Kaio stellt sich die stark mittelinteressierte „Deutsche Tageszeitung“  
 und schreibt in sorgsam angefeimter Unschuld:

Der „Vorwärts“ meint, daß wir seinen Eröffnungen mit  
 einer kurzen Verlegenheitszeile zu entweichen suchten. Wir  
 wählten durchaus nicht, was wir für einen Grund haben  
 sollten, zu entweichen. Herr v. Zedlig steht uns so fern wie  
 nur irgend möglich. Daß wir eine journalistische  
 Thätigkeit, wie sie Herr v. Zedlig entwickelt hat, mit der  
 Stellung eines preussischen Beamten für nicht  
 recht vereinbar erachten, haben wir schon vor

Jahren ruhig ausgesprochen. Die Honorarziffern, die der „Vor-  
 wärts“ auf irgend welche hebräische Weise erhalten hat,  
 können unser Urteil nicht beeinflussen und uns nicht veranlassen,  
 der Angelegenheit mehr Bedeutung zu schenken, als sie tatsächlich  
 hat. Daß die Zedligsche Schriftstellererei auf die Entwidlung  
 der Kanalfrage irgend welchen Einfluß gehabt habe, glaubt  
 wohl niemand.

Die ganze Kainet der Marthe Schweidtschke!  
 Das „Berliner Tageblatt“ nennt unsere Veröffentlichung einen  
 vernichtenden Reueinschlag:

Jetzt erhebt sich die Frage ganz von selbst: wird Herr  
 v. Miquel seinen bisherigen Schilling noch weiter in dem Amte  
 belassen dürfen, das er ihm übertragen hat? Jetzt weiß Herr  
 v. Miquel ganz genau, welche journalistische Thätigkeit der ihm  
 unterstellte See handlung s-Präsident betreibt. Verträge  
 sich das mit der preussischen Beamtendisziplin? Vor die Ent-  
 scheidung dieser Frage ist nunmehr Herr v. Miquel ganz klipp und  
 klar gestellt, und er wird mit seiner Antwort gar nicht lange  
 zögern dürfen.

Die „Volks-Zeitung“ äußert u. a.:  
 Es bleibt also dabei, daß ein von verschiedenen Zeitungs-  
 unternehmern in Dienst genommener Beamter die Politik der  
 Regierung in einer hochwichtigen Frage bekämpft; daß er sich  
 nebenbei eines sehr einträglichen Amtes erseut; daß etliche Land-  
 räte und Regierungspräsidenten wegen ihrer Haltung gemahrgelzt  
 worden sind, während der „Zeitungspräsident“, der den Wider-  
 stand gegen die Vorlage agitatorisch organisiert und gefördert hat,  
 nach wie vor seine Arbeitskraft privaten Unternehmern zur Ver-  
 fügung stellen darf und in der Zeit, die ihm diese unpassende  
 Thätigkeit läßt, ein staatliches Einkommen einheimst, wie es nur  
 wenigen Beamten zu teil wird.

Auch in der heutigen Abendausgabe schreibt das Blatt:  
 Die journalistische Gruppe Schweidtschke-Zedlig-Stumm-Krupp  
 wird in der Verschlingung ihrer Beziehungen immer interessanter.  
 Der Vater Zedlig im Dienste des Herrn von Stumm, der ihm  
 großmütig gehattet, während der Zeit, die ihm die Zeitung der  
 „Post“ läßt, auch bei andern Blättern auf den journalistischen Erwerb  
 auszugehen, und außerdem das Gehalt eines königlich preussischen  
 See handlung s-Präsidenten einzustreichen; der Sohn Zedlig  
 als Londoner Korrespondent des Organs der Krupp-Schweidtschke-  
 Gruppe (der „Berliner Neuesten Nachrichten“) — dabei immer das an-  
 mutige Bild, wie der königlich preussische Beamte, der Unterrebene  
 des Finanzministers, den Widerstand gegen die Kanalpläne der  
 Regierung journalistisch organisiert, die eben dieser Finanzminister  
 mit größter Energie zu verteidern beauftragt; kann es etwas Be-  
 wunderliches für die Schmeichelei unserer Zustände geben? Des  
 Handels nicht zu gedenken, den Herr Schweidtschke mit wichtigen  
 Nachrichten treibt. Dieser Mann, Herr Schweidtschke  
 aus Gollzig oder Wahren, wird an hohen amtlichen  
 Stellen empfangen, in seinem journalistischen Gewerbe,  
 obwohl er der bedoltete Verleumdung eines bestimmten  
 Interessenten-Gruppe ist, mit „Informationen“ unterliegt,  
 die er dann gelegentlich auch dazu benutzt, gegen die Politik  
 einzelner Minister im Sinne seiner Freunde die öffentliche  
 Meinung mobil zu machen. Es verdient davon erinnert zu  
 werden, daß unter Freiherrn von Marschall Herrn Schweidtschke  
 wenigstens das Auswärtige Amt verschlossen blieb. Aus  
 dem Redert-Likow-Toussch-Prozeß hat man erfahren, wie  
 sehr das Auswärtige Amt darauf bedacht sein mußte, ge-  
 wissen Quertreibereien in der Presse vorzubeugen. Allgemein er-  
 hebt sich jetzt die Frage, was denn Herr v. Miquel gegen-  
 über den Kanalfröndlichen Preßtribunen des Freiherrn v. Zedlig  
 sowie überhaupt dessen journalistischer Thätigkeit gegenüber  
 thun werde? — Nur in der „Kreuz-Zeitung“ und in  
 dem Organ der Krupp-Schweidtschke-Gruppe sucht man noch  
 einer Meinungsäußerung über das publizistische organisierte  
 Intriguenpiel, das Herrn v. Miquels Politik so sehr angeht,  
 vergebens. Freilich hat auch die „Kreuz-Zeitung“ so manchen  
 am liebsten Mitarbeiter in gutbezahlten Stellen, so daß es  
 ihr offenbar fatal ist, das Thema von der journalistischen Neben-  
 beschäftigung hochbezahlter Staatsdiener anzuschneiden. Der steter-  
 zehende Bürger erfährt aus der Mittelzeit derartiger Ge-  
 heimnisse der reaktionären Zeitungsmache,  
 wieviel Zeit die Herren, die die besten Behälter im Staate  
 besetzen, für lukrative Nebenarbeiten journalistischer Art übrig  
 haben, indes die unteren Beamten bei lässlicher Befolgung  
 sich in dienstlicher Ueberanstrengung vielfach vor der Zeit auf-  
 reiben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September.

### Die Wahl in Pirna-Zebitz.

Die Stichwahl am Dienstag im 8. sächsischen Wahlkreise  
 hat mit einem Siege des Reformparteierte Loze, der den  
 Kreis bisher schon vertrat, geendet. Loze erhielt 13 220  
 Stimmen, unser Kandidat, Genosse Landtagsabgeordneter  
 Gräßdorf, 12 560 Stimmen.

Unsere Partei hat keinen Grund, über den Ausfall der  
 Wahl zu klagen. Der Fortschritt, den wir in jenem Wahl-  
 kreise machten, ist ein ganz bedeutender. 1890 hatten wir  
 dort erst 3922 Stimmen, 1893 wurde der Wahlkreis  
 von unserer Seite zum erstenmale ernsthaft berannt  
 und wir erzielten 7989 Stimmen, in der Stichwahl,  
 die nötig wurde, 9728 Stimmen. 1898 brachte uns  
 der erste Wahlgang 10 007 Stimmen, aber infolge des  
 Zusammenbruchs des Freisinn kam es zu keiner Stichwahl.  
 Da infolge der Ungültigkeitserklärung der vorjährigen Wahl  
 die Neuwahl stattfinden mußte, erreichten wir im ersten  
 Wahlgang 11 571 Stimmen, wurden die stärkste Partei im  
 Wahlkreise. Bei der jetzigen Stichwahl hatten wir einen  
 nochmaligen Zuwachs um fast 1000 Stimmen. Aber der anti-  
 semitische Segner, der bei der Hauptwahl um etwa  
 900 Stimmen hinter uns zurückgeblieben war, erhielt  
 den sehr bedeutenden Zugzug von ungefähr 2300



Stimmen. Ob dieser Zug mehr aus den Reserven, die dem ersten Wahlgang fern geblieben waren, oder aus den 1825 Stimmen der freisinnigen Partei erwachsen ist, läßt sich nicht sicher beurteilen. Sehr wahrscheinlich ist aber, daß zahlreiche freisinnige Wähler, wie es schon 1893 geschah, für den Antisemiten gestimmt haben. Der Freisinn hat seine Wähler nicht in der Hand; es sind unklare, zum politischen Kräftefeld neigende Elemente ohne ernsthaft freiheitliche Bestimmung; der Unterschied zwischen Freisinn und Antisemiten ist ihnen nicht allzu groß, er verschwindet völlig hinter dem Gegensatz zu den Arbeiterforderungen. Aber auch die freisinnige Presse verliert sich für wahr nicht den mindesten Anlaß, den Ausgang der Wahl zu bedauern, denn sie trägt ihr gut Teil Schuld daran, indem das höchste, wozu sie sich aufschwingen vermochte, die Empfehlung an die Wähler war, nicht für den Kandidaten der antisemitischen Reaktion zu stimmen.

Die deutsch-soziale Reformpartei triumphiert, daß sie gesiegt habe. Die „Staatsbürger-Ztg.“ überschlägt sich in drohligsten Burzelbäumen:

„Die deutsch-soziale Reformpartei darf den Tag von Pirna mit goldenen Letztern in ihre Parteigeschichte eintragen, die Reichstags-Wahl hat in einem glänzenden Siege der Antisemiten über die Socialdemokraten ihren Abschluß gefunden. Er (Loge) hat der Socialdemokratie eine Niederlage bereitet, die diese nur schwer überwinden dürfte, die deutsch-soziale Reformpartei aber hat nun den Beweis geliefert, daß sie das festeste Bollwerk gegen die Sturmfluten des Umsturzes bildet.“

Der Tag von Pirna ist aber auch in anderer Beziehung erfreulich: er hat das Bürgertum in treuer Waffenbrüderschaft gefunden und gezeigt, daß dieses sehr wohl in der Lage ist, aus eigener Kraft die Socialdemokratie zu besiegen. Hoffen wir, daß der Tag von Pirna einen Markstein in der Geschichte des deutschen Bürgertums bildet, daß mit diesem Tage die Socialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten hat!

Die Herren Großmänner des sächsischen Kadaver-Antisemitismus sind sehr bescheiden geworden. Wir erinnern uns der Reden der Zimmermann und Liebermann vor einem halben Duzend Jahren; wie blähte man sich damals! Jetzt mußte Herr v. Liebermann selbst bekennen, daß die antisemitische Bewegung auf den toten Punkt angelangt sei, und Herr Zimmermann fiel kläglich durch in der Haupttribüne der Reformpartei und die ganze ostsächsische Antisemitenherrschaft brach zusammen. So ist es denn jetzt schon ein Großes, wenn ein Wahlkreis mühselig erhalten bleibt, wenn der socialdemokratische Vormarsch nicht völlig sein Ziel erreicht. Einst wollte man der Socialdemokratie Wahlkreise entreißen, jetzt ist man trunken, wenn die Socialdemokratie nur nicht jeden antisemitischen Wahlkreis im ersten Ansturm erobert.

Und bei alledem konnte die socialdemokratische Eroberung des Pirnaer Wahlkreises nur durch einen schimpflichen Bund der hunsfiedigen „Ordnungsparteien“ verhindert werden. Früher gogen die Antisemiten aus mit dem Kampfesruf: Gegen die alten, überlebten Parteien, gegen die feige, vor der Regierung ersterbende konservative Partei! Jetzt beweisen sie ihre „Reformerart“, indem sie sich der böbsartigsten Reaktion der sächsischen Wahlrechtsgegner und Zuchthauspolitiker verschreiben. Und, auf daß auch das Lustige nicht fehle, auf Krücken des „verjudeten“ Nationalliberalismus und Freisinn humpelt der Judenvertilger Loge in den Reichstag.

Die Arbeiterpartei dagegen stand auf sich selbst allein. Mit der Macht ihrer Ideen zog sie neue Tausende von Wählern in einem noch stark ländlichen Wahlkreise an sich. Von Wahl zu Wahl war sie vorgezogen, sicheren, unaufhaltbaren Schritten, und bei dieser Wahl ist sie dicht an den Feind und nahe an den Sieg herangelangt. Noch einige Jahre rühriger Organisations- und Agitationsarbeit, noch einige Unthaten sächsischer Rikwirtschaft — und gleich einer reif gewordenen Frucht wird der Sieg im Wahlkreise Pirna-Sebnitz der Socialdemokratie zufallen. —

### Fabrikation von Zuchthausmaterial.

Da die Lohn- und kulturdrückenden Arbeitswilligen von der Bosadovsky-Regierung zum besonders wertvollen Element im Staate erhoben wurden, sind rings im Lande die Hüter der Ordnung eifrig am Werke, den Schutz dieser Arbeitswilligen schon vor der Fertigstellung des ihnen gewidmeten Sonder-Hilfsgesetzes mit hochatmosphärischem Druck zu betreiben. Mit einer hervorragenden Leistung auf diesem viel beachteten Gebiete glänzt der Ober-Staatsanwalt in Köln, der eine besondere Verfügung „zum Schutze der Arbeitswilligen“ an die ersten Staatsanwälte erläßt:

„Da es die Zeitverhältnisse notwendig machen, alle in den bestehenden Strafgesetzen gegebenen Mittel zum Schutze gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit mit voller Energie anzuwenden, so halte ich es für geboten, daß die ersten Staatsanwälte auch die Thätigkeit der Amtsanwälte auf diesem Gebiete genau beaufsichtigen und leiten. Ich empfehle deshalb, die Amtsanwälte anzuweisen, daß alle einschlägigen Sachen, mag die Anzeige auch nur auf Uebertretung lauten, bevor sie eine Entscheidung über die Anklage-Erhebung oder Einstellung treffen, mit einem besonders, ihre Auffassung kurz darlegenden Verlaufe der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden und daß sie, wenn sie nach Beurteilung solcher Sachen Verurteilung einlegen, die Akten zur Prüfung darüber einreichen, ob eine Verurteilung wegen ungerechtfertigter Freisprechung oder zu geringen Strafmaßes durchzuführen sei.“

Einst galt es als vornehmste Würde der Rechtspflege, unabhängig von den Meinungen des Tages dem Gesetze gemäß zu wirken. Nun scheint die deutsche Rechtspflege schon nicht vor dem Selbstbekenntnis, daß sie wie eine Wetterfahne dem Winde der „Zeitverhältnisse“ zu folgen habe.

Welche „Zeitverhältnisse“ könnten es aber sein, durch die der ungewöhnliche Erlaß des Kölner Ober-Staatsanwalts — der offenbar auf eine allgemeine Anordnung des Justizministeriums zurückzuführen ist — verursacht sein soll? Im Kölner Gerichtsbezirk sind keineswegs außergewöhnliche Umstände eingetreten und die „Zeitverhältnisse“ lassen sich nicht anders deuten, als daß in Unternehmer- und Regierungskreisen der Wunsch besteht, streifende Arbeiter harten Strafen zu überliefern und irgend welches Material für die zweite Befugnis des Zuchthausgesetzes-Entwurfes zu erspähen.

Seltam, daß gerade diese „Zeitverhältnisse“ eine Ausnahmeverfügung erzeugten. In anderen Fällen, obgleich in ihnen allerdings ein eingeschläffertes Rechtsempfinden die Verfolgung von Gesetzesübertretungen vergaß oder nur mit rücksichtsvollster Milde betrieb, ist von einer besonderen Verfügung an die unteren Instanzen der Anklagebehörde nichts vernommen worden. Es hat nichts verlautet, daß ein ernstes Einschreiten gegen den Unfug der Duelle oder etwa gegen die zahlreichen Uebertretungen der

Industrieherrn und der Agitatier wider das Vereinsgesetz verfügt worden wäre. Auch die unaufhörlichen, aber von den Staatsanwälten unbemerkt gebliebenen Vergewaltigungen des Koalitionsrechtes der Arbeiter durch die Unternehmer rechneten niemals zu den „Zeitverhältnissen“, welche ein Einschreiten der oberen Anklagebehörden herbeiführten. —

### Deutsches Reich.

#### Eine Gegenentschrift

zur Zuchthausvorlage wird der Vorstand der socialdemokratischen Partei herausgegeben. Es werden bereits umfassende Erhebungen über die Angaben der fauligen Regierungsentwürfschrift veranstaltet, von der dann nicht mehr viel übrig bleiben dürfte.

Auch ein Flugblatt gegen die Vorlage wird der Parteivorstand noch in diesem Herbst herausgeben. —

**Das liberal-kerkale Kartell.** Liebers verächtliches Bündnis-Angebot findet bei der liberalen „Kölnischen Zeitung“ ein ebenso verächtliches Entgegenkommen:

„Eine unmittelbare praktische Folge kann die Lieber'sche Ankündigung haben, daß das Centrum sich damit beschäftige, positive Vorschläge zum Schutze der Arbeitswilligen zu finden, ohne die der Mißbrauch des Koalitionsrechtes nicht getroffen werden könne. Wenn das Centrum wirklich etwas derartiges findet, wird man ihm nur dankbar sein können.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: „Er (Lieber) stellte den Nationalliberalen das Zeugnis aus, daß sie bei der letzten Reichstagswahl in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen treu das gegebene Wort gehalten und Centrums-Landkandidaten den Socialdemokraten gegenüber unterstützt haben. Wir sind in der angenehmen Lage, dies zu bestätigen.“

Und weiter: „Wir haben der Arbeitswilligen-Vorlage gegenüber den Standpunkt vertreten, daß angesichts des offenkundigen Terrorismus der Socialdemokratie alles daran gesetzt werden muß, aus der Vorlage den erreichbaren Kern herauszuschälen, der dem Arbeiter den jetzt nicht vorhandenen gesetzlichen Schutz gegen Verdrängung seiner persönlichen Freiheit und seines Rechtes auf Arbeit gewährt. Daher verzichteten wir die Lieber'sche Ankündigung mit Befriedigung, und setzen davon ab, prinzipielle Gegenfälle in diesem Zusammenhange wieder in Erinnerung zu bringen.“

Die Vuhlfchaft der feindlichen Gesellen verdient ernste Beachtung. —

**Friedenssehnsucht.** Die „Kreuz-Zeitung“ sagt in einer Polemik mit der „Tagl. Rundschau“:

Wir hätten überdies, daß es der Kränkungen und Verbäckigungen nimmer endlich genug wäre, als daß nicht jeder wahre Freund des Vaterlandes, aber auch besonders jede Zeitung, die Anspruch auf Achtung erhebt, die vornehmste Aufgabe darin suchen müßte, nach allen Seiten hin verschönernd und beschwichtigend zu wirken.“

Die Wolke, die vom Throne her dräut, muß den konservativen Basallen gar stark elektrisch geladen scheinen! —

**Zur Vorbereitung der handelspolitischen Maßnahmen** schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber dem Vortritt, daß die Reichsverwaltung nicht genug Fühlung mit den Kreisen des deutschen Erwerbslebens gehalten habe:

Wir dürfen feststellen, daß seit den nicht ganz zwei Jahren des Bestehens des Wirtschaftlichen Ausschusses dieser teils in seiner Gesamtheit, teils durch seine Kommissionen und einzelnen Mitglieder in unangesehener Mitarbeit mit den Organen des Reichs seiner Aufgabe obgelegen hat. Es haben 2 Plenarversammlungen und bis in die neueste Zeit hinein in ununterbrochener Aufeinanderfolge insgesamt etwa 40 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen, wie der Textil-, der landwirtschaftlichen, der Rontau- und Hütten-Kommissionen usw. in Berlin stattgefunden; außerdem sind mindestens 100 Sitzungen in den hauptsächlichsten Industriezentren und landwirtschaftlichen Produktionsgebieten abgehalten worden. Daneben ist die Reichsverwaltung mit den vielen Tausenden in den Berufsgruppen und in den landwirtschaftlichen Korporationen vertretenen Interessenten auch unmittelbar ins Benehmen getreten, um den Anteil und die Wünsche jedes einzelnen Erwerbszweiges auf das genaueste festzustellen.“

Dies mag alles recht gut sein. Aber allenthalben hat sich die Reichsverwaltung nur mit den Unternehmern in Beziehung gesetzt. Die Arbeiter, deren Lebensinteressen bei den vorzubereitenden handelspolitischen Maßnahmen auf dem Spiele stehen, sind den Willensvollstreckern des Unternehmertums laus. —

**Aus dem Wahlkampf in Pirna.** Ein alter Steinarbeiter in Reudorf bei Pirna hatte ein Stück Land für eine socialdemokratische Versammlung zur Verfügung gestellt. In der Nacht vor der Versammlung ging plötzlich seine Scheune in Flammen auf, auch das Wohnhaus wurde von dem Feuer erfaßt und brannte völlig herunter. Ein der Versammlung verdächtiger Mann ist verhaftet worden. Wie es scheint, liegt nur ein persönlicher Racheakt vor.

Wie würde die Ordnungspresse einen solchen Vorgang ausnutzen, wenn ein solcher Fall in der lebhaftesten Wahlbewegung einen konservativen Mann betroffen hätte. Wie laut würde da über die Socialdemokratie als intellektuelle Urheberin solcher Schändlichkeiten geschmäht und nach strengeren Befehlen gegetert werden! —

**Kammergerichtsrat a. D. Schröder,** Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses von 1862 bis 1877 und Reichstagsmitglied von 1878 bis 1898, zuletzt der Freisinnigen Vereinigung angehörig, ist in Eisenach im Alter von 70 Jahren gestorben. Im Jahre 1862 wurde er wegen seiner Abstinenz zur Militärorganisation als Staatsanwalt zur Disposition gestellt. Er trat dann als Mitglied in die Redaktion der „National-Zeitung“ ein, der er auch in den ersten Jahren des Kulturkampfes bis 1875 angehörte. Er war Vorsitzender des Protestantenvereins. —

**Eine vernünftige Gefangenen-Arbeit.** Der „Reichsbote“ meldet:

Im dänischen Jütland will man die Heide durch Insoffen des Zuchthaus in Horrens urbar machen lassen. Vorläufig sind nur 15 Zuchthäuser, lauter schwere Verbrecher, die sich aber durch ihr gutes Betragen ausgezeichnet haben, unter mehreren Aufsichtern nach einer kleinen Aufstellung mitten in der großen Altheide geschickt worden, wo sie an der Urbarmachung der Heide arbeiten sollen. Wenn die Versuche sich als erfolgreich erweisen sollten, beabsichtigt man, größere Kolonien der Zuchthäuser über die Heide zu verteilen und die Arbeiten in größerem Maßstabe fortzuführen. Wäre es nicht auch bei uns zeitgemäß, mit der Ausföhrung von Moorplantagen durch Gefangene vorzugehen? Das wäre eine Arbeit, die dem Landeshauptmann dienlich, ohne den freien Arbeitern eine able Konturrenz zu bereiten. Nach der ersten Ausföhrung der Moorplantagen könnten auf den gewonnenen Flächen dann ja freie Ackerbauern angesiedelt werden.

So der „Reichsbote“. Von socialistischer Seite ist in Deutschland schon vor 25 Jahren eine ähnliche Verwendung der Gefangenen — insbesondere für die Urbarmachung der Lüneburger Heide — vorge schlagen worden. —

**Osnabrück, 27. September.** („Voss. Z.“) Das gegen den bekannten national-socialen Führer v. Gerlach durch den hiesigen Staatsanwalt eingeleitete Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Beamteneileidung ist eingestellt worden. —

**Russische Zustände herrschen** nach wie vor im Großherzogtum Sachsen-Weimar. Dieser Duobesstaat ist im Reford der Versammlungsverbetererei unterteilt. In Weizenjena sollte am Dienstagabend eine öffentliche Zimmerer-Versammlung stattfinden. Das Thema lautete: Unsere Lohnbewegung. Als Referent war der Zimmerer Ede aus Hamburg in Aussicht genommen. Die Versammlung ist in letzter Stunde durch folgenden Ulaß verboten worden:

Der Gemeindevorstand, Weizenjena, J. Nr. A 1257/98, 25. September 1899. Die auf Dienstag, den 26. I. Mts. abends 7 Uhr, nach dem Saale des Gasthofs „Zur Tanne“ anberaumte öffentliche Zimmerer-Versammlung wird hiermit verboten. Das Verbot wird dadurch begründet, daß der in Aussicht genommene Referent für seine aufreizende Sprechweise penkündig bekannt ist. Der Bürgermeister, Rindler.

Die Polizei-Organen haben damit für die socialdemokratische Partei sowie auch für die Gewerkschaften das Versammlungsrecht auf und stellen diese außerhalb des allgemeinen Rechts. Die Früchte werden bis zur nächsten Reichstagswahl aufgezogen sein. —

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

**Zur Krise.** Die deutsch-liberalen Blätter konstatieren, daß Schumacher nicht mit der Kabinettsbildung bestraunt wurde; auch erachteten dieselben Blätter die Bildung eines Beamten-Ministeriums als das zur Zeit wahrscheinlichste. Authentisches liegt nicht vor, die Krise dauert fort.

**Der polnische Mädchenmord.** Aus Wien wird gemeldet: Gilsner hat mit seinen Demagogikern Piaslo gemacht. Die beiden Juden, die er der Mitschuld an dem Mord der Fraga bezichtigte, wurden verhaftet, bewiesen aber sofort ihr Alibi. Jozua Erdmann wurde mit seiner Frau gestern in Schlan verhaftet. Die österröische israelitische Union konstatierte authentisch, er habe sich zwischen dem 25. und 28. März in Neurausruh in Wähen auf gehalten. Gilsner will aber am 27. den Mord mit ihm verabredet haben, der am 29. begangen wurde. Salomon Wassermann wurde am 24. September in Kufja verhaftet, wo er an einem Bau arbeitete. Er konnte durch sein Vuch nachweisen, daß er vom 18. März bis 8. April im Spital in Deutschbrod war. Wassermann wurde heute bereits freigelassen.

#### Schweiz.

**Jürich, 26. September.** (Fig. Ver.) Das socialdemokratische Wahlkollekt hat auf die Nationalratswahlen hin bereits einen Aufruf veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Wie lange noch wollen wir mit ansehen, daß die Hunderttausende von schweizerischen Arbeitern nicht zu einer angemessenen Vertretung in Bern kommen, die Gesetze ausschließlich von den Besitzenden gemacht werden? Soll es weitergehen mit dem Wirrwarr, den wir in letzter Zeit in der Bundespolitik beobachtet können? Sollen nicht Männer in den Nationalrat, welche den Willen besitzen, einer ernsthaften, gründlichen Socialreform das Wort zu reden und den Mut haben, den Volkswertretern und dem Bundesrat zu sagen, was dem Volke frommt und nicht? Wollen wir nicht einmal Brot statt Steine? Ja wohl, solche Männer sollen nach Bern, dort es wie tausendfach das Aus aus den Werksstätten, Fabriken, Arbeiterquartieren. Wir Arbeiter haben genug von der Arbeiterfreundlichkeit der Herren, sie sollen ihre Vertreter selber wählen, wir aber betteln nicht länger vergeblich um ein Mandat, sondern ringen in frischem Kampfe um den Sieg, der sich an unsere Fahnen heften wird und nur, wenn einmal die gesamte stimmberechtigte Arbeiterschaft des Wahlkreises ihre Gleichgültigkeit ablegt und zur Urne geht für die Männer ihres Vertrauens!“

Von den 6 Nationalratsmandaten des Jüricher Wahlkreises ist nun eins frei geworden, in dem der alte Demokrat Schöpfi eine Wiederwahl ablehnt. Vor drei Jahren war er erst nach heftigen Kämpfen im dritten Wahlgange gegen Greulich gewählt worden. Natürlich denken auch jetzt die bürgerlichen Parteien nicht daran, den frei werdenen Sitz den Socialdemokraten zu überlassen. Bisher war die Situation so, daß die socialdemokratische Partei, welche allein nicht viel schwächer ist als die bürgerlichen Parteien zusammen, einen Vertreter (Vogelbacher) und mehrere fünf Vertreter haben. Das nennt man dann Gleichberechtigung und Gerechtigkeit in der parlamentarischen Vertretung der Parteien.

**Genf, 26. September.** (Fig. Ver.) Auch die hiesigen Genossen beschäftigen sich bereits mit den kommenden Nationalratswahlen. Sie fordern diesmal eine socialdemokratische Vertretung, die sie aus eigener Kraft sich aber nicht zu erringen vermöchten. Nun scheinen die Radikalen, die im Bunde mit den Socialdemokraten die Mehrheit über die anderen Parteien haben, in der That geneigt zu sein, der socialdemokratischen Forderung zu entsprechen. Als Kandidat wäre Genosse Tiquet in Aussicht genommen. Es scheint, als sollte diesmal die Socialdemokratie doch eine stärkere Vertretung im Nationalrat erhalten. —

**Zucheni im Gefängnisse.** Grand-Carteret, der Verfasser von Büchern über internationale Karikaturen, berichtet im „Figaro“ über einen Besuch in dem Gefängnisse in Genf, wo Zucheni seine Strafe abkühlt. Am 21. November geht die Einzelhaft Zuchenis zu Ende. Eine weitere Verlängerung derselben macht das Gesetz unmöglich. Zucheni unterwirft sich ohne Widerstreben dem Gefängnisregime. Er hat zwei Hellen, eine Wohn- und eine Arbeitszelle; in letzterer verfertigt er Schachteln. Beide Hellen haben Fenster und empfangen nicht nur Tageslicht, sondern auch Strahlen der aufgehenden Sonne. Zucheni liest so viel, als er kann, teilweise aus der Gefängnis-Bibliothek, teilweise das, was man ihm von außen kommen zu lassen gestattet. Carteret sah unter den Wählern auf seinem Tische neben Romanen ein Geschichtsbuch über das alte und neue Aretia, sowie ein protestantisches Wissensbuch. Sehr schwer entbehrt er die Letzten von Zeitungen, nach denen er immer wieder verlangt; es scheint, daß er etwas über sich selbst lesen möchte. Seit seinem Straftritt sind ihm zwölf Briefe an ihn gekommen. Elf davon wurden ihm übergeben. Es waren durchaus religiöse Mahnungen zur Reue. Ein Brief war diffidert, die Polizei konnte ihn nicht entziffern, hält ihn aber für eine Verfälschung. Es wird angenommen, daß Zucheni keine Komplizen hatte. Carteret sah Zucheni auch im Hofe spazieren gehen. Er ist dicker geworden und hat noch die militärische Haltung wie früher. —

#### Frankreich.

**Paris, 27. September.** Das Bureau der Untersuchungskommission des Staatsgerichtshofes unter dem Vorsitz Verenger ist weiter mit der Prüfung der ihm zugewiesenen Akten beschäftigt. Das Verhör der Angeklagten wird voranschreitlich am Sonnabend beginnen.

Der Marineminister Lanessan ordnete den Bau von vier neuen Unterseebooten in Rochefort-sur-Mer an. —

#### England.

**London, 27. September.** Heute hier umlaufende Gerüchte, denen zufolge das Parlament in den ersten Tagen des Oktober einberufen werden solle, entbehren durchaus der Bestätigung. Es ist sehr wahrscheinlich, daß vor dem Zusammentritt des nächsten Kabinettsrats, der voraussichtlich Freitag stattfindet, hierüber etwas beschlossen wird. —



**Amerika.**

Washington, 27. September. (Frankf. Zig.) Im Kriegsministerium traf ein Telegramm vom General Otis ein, in welchem berichtet wird, daß der amerikanische Oberst Snyder am 22. und 23. d. M. die Insurgenten fünf Meilen östlich von Cebu angegriffen und in die Flucht geschlagen habe.

New York, 27. September. In New-York kamen gestern 46 neue Erkrankungen an gelbem Fieber vor. Die Zahl der Erkrankungen in Mississippi-City ist nicht bekannt.

**Die gesprengte Friedensdemonstration.**

London, 25. September 1899.

Der Verlauf der gestern nach dem Trafalgar-Square einberufenen Friedensdemonstration bestatigt die früher im „Vorwärts“ gemachten Mitteilungen über die heftige Volksstimmung in der Transvaalfrage. Von den fünfzigtausend Menschen, die den Square und seine Umgebung anfüllten, die große Mehrheit dem Zweck des Meetings feindlich gestimmt war, kam keinem Zweifel unterworfen und wird auch allgemein zugegeben. Damit aber ist die von einzelnen Blättern ausgegebene Behauptung, die die Opposition auf bezahlte Versammlungssprecher zurückführt, in sich widerlegt. Bezahlte Agenten mögen auch in der Menge gewesen sein, aber wenn diese in ihrer Mehrheit von vornherein dem Meeting feindlich waren, dann hätten die gedungenen Elemente es wohl unterbrochen, aber seinen Charakter nicht ändern können. Man bringt heuteutage nicht Zehntausende von Menschen. Der radikale „Morning Leader“ nennt das Meeting ein solches der „wohlgekleideten Leute“, will sagen der Bourgeois. Daß viele Bourgeois in der Versammlung waren, ist unabweisbar richtig. Aber wenn wirklich die Bourgeois den Square füllten, so fragt es sich, wo denn die von anerkannten und beliebten Arbeiterführern einberufenen Arbeiter geblieben bezw. warum sie in der Minderheit waren. Rein, man darf sich nicht selbst täuschen, die Friedensdemonstration hat gestern einen Mißerfolg erlitten, die „Herald“, „Daily Mail“, „Sun“ u. die Tages zuvor ihre Leser aufforderte, nach dem Square zu ziehen, hat einen sie selbst überschätzenden Erfolg zu verzeichnen.

Das ist gewiß bedauerlich, aber es ist nicht so schlimm, wie es auf den ersten Blick erscheint. Ich sprach eingangs von einer dem Zweck des Meetings feindlichen Mehrheit. Das ist nicht ganz richtig ausgedrückt. Denn wirklichen Zweck des Meetings — Erhaltung des Friedens — war jedenfalls auch ein großer Teil der Mehrheit günstig gestimmt. Aber die Betreffenden erblieben in dem Meeting eine Demonstration zu Gunsten der Boerenpolitik, und dagegen äußerten sie sich auf. Ich habe bei Umfrage viele solche Stimmen gehört. Und der Umstand, daß das Meeting so ausgefallen wurde, erklärt auch, warum die radikale Londoner Arbeiterschaft nicht in der erforderlichen Anzahl zur Stelle war, bezw. warum die größere Leidenschaft und Andauer auf Seiten der Gegendemonstranten war. Immer wieder ertönt die Rationalshymnen: God save the queen and Rule Britannia.

Es war eine Versammlung, wie sie London lange nicht gesehen hat. Ich weiß nicht, wie lange es her ist, daß eine solche Volksversammlung in England tatsächlich aus der Menge heraus gesprengt und in ihr Gegenteil verandelt wurde. Dergleichen passierte in den fünfziger Jahren zur Zeit des Armeekrieges und wiederholte sich Ende der sechziger Jahre zur Zeit der Vulgarcantation, aber seitdem hat es wohl hier und da bei Wahlen Versammlungsförderung gegeben, aber die eigentlichen Demonstrationen verließen ungeführt. (Ich sehe hier von den Homerule-Demonstrationen in Ulster ab.) Gestern verhielten die sonst bestbesetzten Londoner Versammlungsdredner vergebens auf die Menge einzuwirken. Spindman nahm immer wieder das Wort, drang aber ebensovienig durch wie Wm. Crooks vom Arbeiterbund Poplar (East-End), dessen Stenochimme der von John Burns nichts nachgibt. Auf Augenblicke gelang es dem Genossen Partridge von der Socialdemokratischen Föderation und dem Grasshoppermitglied Greal (Arbeiter), einige Worte an die Menge zu richten, die sich auf der Nordseite des Squares drängte, und Mrs. Gray, ebenfalls von der Socialdemokratischen Föderation, konnte sogar von der Nordbrüstung herab einen kleinen Speech halten — allerdings unter allerhand Unterbrechungen. Aber das war auch so ziemlich alles, was von Seiten der Einberufer der Demonstration erzielt wurde. Die auf dem Sodel der Kellnersäle placierten Redner und Komiteemitglieder befanden sich unter einer wilden Belagerung, bei der es sogar an Wurfschiffen — allerdings meist sehr harmlosen Charakters — nicht fehlte, bis sie schließlich, geduckt von einer ziemlich starken Polizei-Schwarte sich in den nachbelegenen nationalen Klub der Liberalen zurückzogen, dem vorherbestimmten Sammelort des Demonstrationskomitees. Dort wurde der Beschluß gefaßt, die Friedensversammlung nächster Tage in einem der größten Säle Londons zu wiederholen und gegen Störungsmittel eventuell das Hausrecht auszuüben. Die siegreichen Gegendemonstranten aber beauftragten sich, passierende Soldaten anzujubeln, Soldatenlieder zu singen und Hochs auf Minister Chamberlain („unser Joe“) auszubringen. Einige trieben ihre Begeisterung so weit, vor das Kolonialamt zu ziehen und dort ihre Hochs ertönen zu lassen.

Der Besuch des Meetings wird, wie erwähnt, auf gegen 50 000 bis 60 000 Teilnehmer geschätzt. Im ganzen war das Verhalten der Menge kein gewaltthätiges. Es wurde häufig geschimpft, gegeröhlt und gegerunzt, dazwischen, wie gesagt, mit harmlosen Wurfschiffen (Steine, Streichholzschachteln) geworden, aber es kam nirgends zu ernstlichen Tätlichkeiten. Nur dem alten Maler Feltz Roscheles (ein Neffe Felix Mendelssohns) slog ein — zugellapptes — Federmesser an den Kopf.

Ob der Ausgang des Meetings irgend welche Rückwirkung auf den Gang der Ereignisse haben wird? Man darf es mit Recht bezweifeln. Die Dinge sind schon zu weit gediehen, als daß solche Meetings die Politik der hiesigen Regierung beeinflussen könnten. Wenn sich die Regierung in Victoria im Irrtum darüber befand, welches die Stimmung der Mehrheit der öffentlichen Meinung in England ist, so würde das Meeting immerhin die günstige Wirkung haben, auf solcher Selbsttäuschung beruhende Entscheidungen zu verhindern. Aber ich glaube, daß man in Victoria in dieser Hinsicht nachgerade auch wahrte, was die Glode geschlagen. Beiläufig hätte der radikale Abgeordnete Sir Charles Dilke unter der Begründung, das Meeting könne falsche Vorstellungen erwecken, seine Teilnahme abgelehnt.

Katholik ist der Jubel in der hiesigen Hefepresse groß. Andere Blätter der Regierungsparteien tadeln zwar den Verstoß gegen das freie Wort, können aber trotzdem ihre Gemüthung über den Verlauf der Versammlung nicht unterdrücken. Die radikale Volkspresse stellt die Gegendemonstration als von den Organen ausländischer, bezw. jüdischer Kapitalisten angefaßt hin, weil eines der Hefblätter, die „Sun“, einen jüdischen Konfessionar gehören soll, die ebenfalls stark in Boerennegativität machende „Wall Mail Gazette“ aber dem amerikanischen Millionär Astor gehört. Indeh paßt das: „Ausländer, Fremde sind es zumeist“ — für die „Sun“ sind die ursprünglichen Veranlasser der Versammlung mit Boerengeld gekauft — für die eine Seite so wenig aber so viel wie für die andere. Das sind bloße Liebenswürdigkeiten journalistischer Polemik.

Aus den Provinzen werden allerhand Friedensresolutionen liberaler, radikaler und sozialistischer Vereine gemeldet. In Newcastle am Tyne traten am vorigen Freitag in einer von Thomas Hart präsidirten Versammlung fünf Vergewaltiger auf, die im Transvaal gearbeitet hatten, und erklärten, daß sie als Arbeiter keinen Grund zu Beschwerden gegen die Boerenregierung gehabt hätten. Das Begehren der Arbeiter nach dem Wahlrecht sei dort keineswegs sehr eckhaft, die Bewegung sei von den Kapitalisten angeflochtelt. Dagegen sprach am gleichen Tage Gunninghame Graham in einer Versammlung von Socialdemokraten Edinburghs eher gegen die Boeren. Alle Grundsätze der Engländer in Rhodesia und anderwärts seien nicht im Verhältnis zu den Greueln und Ungerechtigkeiten, welche die Boeren tagtäglich an den Negern verübten. Wenn es zum Krieg kommen sollte, was er nicht hoffe,

so würden nach seiner Ansicht die Negers mehr Aussicht auf Gerechtigkeit unter angelsächsischer Herrschaft haben, als jetzt unter dem Boeren-Regiment.

Der Stand der Dinge zwischen den Regierungen ist noch unverändert. Es wird behauptet, daß die „Interimsdepeche“ an die Transvaalregierung, welche der Ministerrat am vorigen Freitag beschloß, so gefaßt ist, daß diese, ohne sich etwas zu vergeben, den gestellten Forderungen nachkommen kann, aber genaues ist darüber noch nicht bekannt. Inzwischen malt sich die Situation durch die sehr anti-englischen Erklärungen der Vertreter des Orange-Freistaats immer eckster ab. Auch die Sprache der (holländischen) Afrikaner-Partei in der Kapkolonie wird hier sehr unliebsam vermerkt. Bestenfalls wird es lange dauern, bis wieder Ruhe am Kap herrscht.

**Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik.**

Dresden, den 26. September 1899.

In der Nachmittags-Sitzung referiert Professor Werner Sombart über:

**„Entwicklungstendenzen im modernen Detailhandel“.**

Redner sagt einleitend, daß die vorliegende Frage durch Schriften des Vereins allerdings nicht vorbereitet sei, daß aber sonst schon ein sehr reiches Material in Abhandlungen und Erhebungen vorliegt. Die Pflicht des Vereins ist es, zur Aufklärung dieser Frage nach Kräften beizutragen. Unter Detailhandel versteht man diejenige wirtschaftliche Thätigkeit, um Gewinn zu erzielen durch Verkauf fertiger Produkte an letzte Konsumenten. Das Kennzeichen des Detailhandels ist meist offener Laden und Verkauf kleiner Quantitäten. Wir haben nun die Aufgabe, die Umgestaltungen, die der Detailhandel in der letzten Vergangenheit erlebt hat und gegenwärtig noch erlebt, zu erörtern und ihre Ursachen festzustellen. Redner unterscheidet drei wichtige Entwicklungstendenzen im Detailhandel: die Tendenz zur quantitativen Ausgestaltung, die zur Reorganisation und drittens die zur Ausgestaltung des Detailhandels. Den Nachweis der quantitativen Ausgestaltung führt Redner an der Hand statistischer Angaben über die Entwicklung des Detailhandels in Preußen und Deutschland. Thatsache ist, daß die Zahl der Händler im Verhältnis erheblich stärker gewachsen ist, wie die Bevölkerungszahl, und das gibt vielfach Anlaß zu der Behauptung, daß zu viel Händler vorhanden seien. Diese Behauptung ist ebenso abzuweisen, wie die weitere, daß der Handelsstand absolut unproduktiv sei. Kommt doch zur Beurteilung nicht nur die Bevölkerungszahl in ihrem Verhältnis zur Zahl der Händler in Betracht, sondern auch der wachsende Reichtum der Bevölkerung, die steigenden Bedürfnisse, die höhere Kultur. Die moderne kapitalistische Entwicklung schafft auch die Vorbedingungen für die Entwicklung des modernen Detailhandels. Die Entlohnung der Großproduktion, die Ueberfälle der produzierten Güter, weiter aber die Deflationierung der Handwerker einerseits, die wirtschaftliche Hebung der Arbeiter andererseits wirken in diesem Sinne. Und das Kapital fornt und organisiert diesen Detailhandel besonders. Hier sind interessante Einzelheiten in der Entwicklung zu beobachten. So schafft die Konsumkredit in den großstädtischen Vororten Häuser mit Läden, in welchen dann kleine Leute mit geringem Vermögen und auf Kredit Detailhandel oft im Nebenberuf treiben und als Händler die Statistik belästigen. Und schließlich betätigt sich das Kapital selbst im Detailhandel in den großen Warenhäusern und Regagieren. Sehr beachtenswert sind die Tendenzen in der

**Umgestaltung des modernen Detailhandels.**

Eine knappe Auffassung jagt die Ursachen dieser Entlohnung in der Gewerbetreiblichkeit. Damit aber wird in der That Ursache und Wirkung verwechselt. Redner entwirft ein interessantes Bild von der Gestalt des alten soliden Kleinhandels, wie er in Deutschland bis fast zur Mitte dieses Jahrhunderts bestand. Die damaligen Geschäftsgrundzüge hielten sich streng im Rahmen des Kleinbürgerlichen und Handwerksmäßigen. Die Folge war, daß der Händler auf seiner Stelle sitzen blieb, auf seine Kunden wartete, die zu ihm ins Haus kamen. Und hier sind die treibenden Kräfte zur Umgestaltung in der kapitalistischen Wirtschaft zu suchen, welche die zum Abzug bestimmte Warenmenge stetig und in ungeheuren Quantitäten vermehrt. Der Warenabzug wird dadurch zum Problem, während dieser Abzug sich vorher in hergebrachten, festen und handwerksmäßigen Formen vollzog.

Im modernen Detailhandel ist der Abzug der Ware zur Ansicht zur Wissenschaft geworden. Und der wichtigste Grundzug des modernen Handels zur Lösung jenes Problems ist nur das eine Mittel: den Abzug zu vergrößern. Dies Ziel kann nur erreicht werden durch eine stetige Verminderung des Preisaufschlags, der den Gewinn ausmacht. Diese Tendenz drückt sich in dem Schlagwort aus: Großer Umsatz, kleiner Nutzen.

**Das Princip des modernen Handels**

wurde, im Gegensatz zum alten Handel: die Kunden anzugreifen. Es entstand der Kampf um die Kundenschaft. Der Ausdruck dieses Kampfes ist erstens die Tendenz zur Anlodung der Kunden, mit einem Wort: die Neklame, und zweitens die Tendenz, den herausgelockten Kunden festzuhalten, eine Tendenz, die sich mit dem Wort Coulang bezeichnet läßt.

Kellame und Coulang sind die Schiefer des modernen Handels. Das Schlagwort vom alten, soliden Handel ist von gar keiner Bedeutung. Niemand ist im hande, die Kriterien der Solidität im alten wie im modernen Handel in inbedingter sicherer Weise anzugeben. Die Geheggebung hat versucht, die Reichen des Gelezes enger zu machen, um die feineren Nuancen des Vertrages im Handel zu lassen. Für unsere gegenwärtigen Betrachtungen scheidet diese Seite der Frage aus. Die handelsliche Mittel der Kunden-Heranzlodung, der Neklame, z. B. die in Dresden in Warenhäusern übliche Vergütung von Reichelosten für auswärtige Kunden, das mensliche Photographieren u. d. werden von manchen als unsolid, von anderen wieder als durchaus erlaubte Geschäftspraxis angesehen. Solche Geschäftspraktiken müssen nicht als einzelne Erscheinung, sondern im Zusammenhang mit dem ganzen System betrachtet und beurteilt werden. Wenn man sich klar gemacht hat, daß solche Neklame zum innersten Wesen des kapitalistischen Systems gehört, wird man sie gerecht zu würdigen vermögen. Zum alten Handel gehörten Ruhe, Behagen, gefälliges Dasein, zum neuen aber gehört Unrast und Nervosität, zum ersten Dürftigkeit, zum zweiten Reichtum und Ueberfluß an Gütern. Der moderne Handel charakterisiert sich dadurch, daß er aus traditionellem zum rationalen geworden, aus hergebrachtem zum zweckmäßigen sich entwickelte. In dieser Umgestaltung gehört auch die moderne

**Gruppierung der Waren.**

Die moderne Entwicklung schaffte die billigen „Schundwaren“ wie die wunderbaren Kräfte unseres Kunstgewerbes. Hier kommt auch die Specialisierung der Waren in Betracht. Da haben wir eine früher unbedeutende Zahl der verschiedensten Specialgeschäfte, die Butter-, die Fisch-, die Blumen-, die Fahrrad-Handlungen u. d. d. Ebenso unbekannt waren früher die jetzt geltenden Kombinationstendenzen der Waren im Handel. An Stelle des alten Branchengeschäfts trat das moderne Bedarfsartikel-Geschäft, die Gruppierung der Waren nach dem Bedarf. So z. B. war das alte Kolonialwaren-Geschäft nach der Herkunft der Waren geregelt, das moderne Delikatessengeschäft dagegen nach dem Bedarfszweck.

Ein besonderer Ausdruck des modernen Handels ist das Warenhaus. Wir unterscheiden zwei Arten Warenhäuser: die Massenartikel-Warenhäuser (Vozare) und Qualitätsartikel-Warenhäuser (Großmagazine). Die Vozare wollen den Bedarf des Proletariats, die Großmagazine den des reichen und wohlhabenden Publikums decken. Im ersten Warenhaus ist oberster Grundsatz für die Waren deren Billigkeit, im anderen deren Güte.

Eine außerordentlich lehrreiche Tendenz im modernen Handel ist die Ausgestaltung desselben. Der Händler sucht den Händler auszuscheiden, der Großhändler den Zwischenhändler und dieser wie jener den Detailhändler. Auch der Produzent sucht durch Errichtung von Waren-Niederlagen den Händler auszuscheiden. Und schließlich wirken die

Konsumenten selbst in gleicher Richtung durch entsprechende Organisationen, durch Beamten- und Offiziervereine, für die minder begüterten Klassen der Konsumenten die Konsumvereine. Redner behandelt dann die Konkurrenzfrage. Jede Entlohnung birgt in sich eine Interessengegenständlichkeit. Auch die Umgestaltungen des Handels haben Schädigung gewisser Interessen verursacht, doch sollen wir uns hüten, diese zu überreiben.

Das Ende des Kleinhandels ist keineswegs gekommen, wie Redner zahlreich nachweist. Von einer Vernichtung des Kleinhandels kann gar nicht die Rede sein. Gewiß wird sich der Großhandel weiter entwickeln, der alte handwerksmäßige Handel wird verschwinden, nicht aber der moderne Kleinhandel, der kapitalistische Geist bekommt und eine Zukunft hat.

Wie nun sollen wir uns zu diesen Fragen stellen? Redner hofft für die zu erwartende lebhafteste Debatte ein reichhaltiges Material zu haben. Das, was sich durchsetzt, wird den Bedürfnissen der sozialen Zweckmäßigkeit entsprechend sein. Nicht alle Interessen werden dabei gefördert. Ein ganz allgemeines Interesse giebt es nicht, wohl aber ein Gemeininteresse an der Gemeinschaft, auch der nationalen. Der leitende Gesichtspunkt bei Beantwortung jener Fragen muß das wirtschaftliche Zweckmäßige sein. Bei einem bestimmten Aufwande von Kräften soll ein möglichst hohes Maß von Gütern erzielt werden. Redner müsse das schon früher einmal ausgesprochen und läbel aufgenommene Wort wiederholen, daß

**Der Handel ein notwendiges Uebel**

sei. Handel soll nicht Selbstzweck sein, auch das Interesse der Konsumenten komme in Betracht. Wenn wir eine Wirtschaftsorganisation ohne Vermittlung des Handels haben können, so haben wir damit eine höhere Ordnung, einen Fortschritt errungen. Und das Ziel wird erreicht, wenn man trivial ausgedrückt die Dinge sich so weiter entwickeln läßt, wie sie sich bisher entwickelten. Redner tritt entschieden für unbedingte Gewerbefreiheit ein. Beschränkung der Freiheit aber sollte eintreten, soweit es sich um einen kräftigen Schutz der Arbeiter im Detailhandel gegen übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft handelt. Für die Konsumenten dagegen ist zum Schutze gegen „unsoliden“ Gebahren im Detailhandel kein anderes Kraut gewachsen, als MäÙ und Geheiter zu werden. Ich glaube, daß auch für die Entwicklung des modernen Detailhandels die Devise zu gelten hat: Durch Freiheit zu Reichtum und Macht! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende Prof. Dr. Gurte-Dresden verlegt dann die Sitzung bis zum nächsten Vormittag 9 Uhr.

In den Ausgängen des Vereins wurde unter anderen auch Herr v. Miquel gewählt.

Dresden, den 27. September 1899.

**In der heutigen Vormittags-Sitzung wird die Erörterung der Entwicklungstendenzen im Detailhandel**

fortgesetzt, und zwar zunächst durch Erstattung einer Anzahl Specialreferate. Ueber

**Konsumvereine**

referiert zunächst Professor Dr. Rathgen-Marburg. Diese Vereine heitgen erhebliche Vorzüge, insbesondere die Erzielung der Mitglieder zur Sparfamkeit und ebenso die hygienisch sehr anerkennenswerte Behandlung der Nahrungsmittel. Redner nennt als musterhaft besonders die Einrichtungen des Arbeiter-Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. Die Konsumvereine zerfallen in zwei Gruppen, deren erste aus den sechziger Jahren stammt. In dieser Gruppe gehören die Vereine in Dresden, Stuttgart und Berlin; sie trägt mehr den Charakter von Wohlthätigkeitsvereinen im Sinne Schulze-Delebig. Die zweite Gruppe entstand erst in den achtziger Jahren in den Großstädten, Fabriksorten und Bergwerksdistrikten, von Arbeitern für Arbeiter gegründet. Während sich die Arbeiter früher ostentativ von den Konsumvereins-Vestrebungen zurückhielten, veränderten sie sich während der Dauer des Socialistengesetzes, das ihre politische Thätigkeit unterband, auch auf diesem harmonischen Thätigkeitsfelde in rühriger Weise und es gelang ihnen, tüchtige Organisationen zu schaffen. Eine erhebliche Förderung fanden die Konsumvereine durch das gesetzliche Verbot, an Nichtmitgliedern zu verkaufen; die Mitgliederzahl stieg mit einem Schlage bedeutend. Der genossenschaftliche Geist hat sich in Deutschland sehr erfreulich gehiebt. Begreiflich ist, daß die

**Konkurrenz der Konsumvereine**

den kleinen Detailhändlern sehr unangenehm bemerklich wird. Beiläufig wirken in der gleichen Richtung auch die in großen Betrieben für die dort beschäftigten Arbeiter errichteten Konsumanstalten. Die Klagen über die Konkurrenz der Konsumvereine überraschen den unbefangenen Beurteiler oft durch ihre naive Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen. Die Behauptung, daß Vozare und Konsumvereine nur den Kapitalisten Vorteile bringen, ist ganz falsch. Die wirtschaftlichen Vorteile der Vozare und Konsumvereine für die Konsumenten liegen auf der Hand. Und so erfreuen sich denn auch die Konsumvereine wachsender Beliebtheit. In kleinen Städten mühen die Detailhändler das Renommee der Konsumvereine oft dadurch für sich aus, daß sie ihre Geschäfte Konsumanstalten nennen. Man greift die Konsumvereine auch an, weil sie Brantworts verkaufen. Sicher sind die moralisch entsetzten Angeifer in der Hauptsache Leute, die selbst Brantworts verkaufen. (Große Heiterkeit.) Die weit überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Konsumvereine sind Arbeiter und auch dieser Umstand giebt wieder Anlaß zu

**Anlagen gegen die Konsumvereine.**

Sie werden, da ihre Mitglieder meist socialdemokratisch gesinnt sind, auch von den Behörden mit sehr unangenehm Augen angesehen, besonders in Sachsen. Wenn bei der Entlohnung des Schulze-Delebig-Denkmalns daran erinnert worden ist, daß die Behörden seiner Zeit den ersten Verbandstag der Genossenschaften verboten haben, so ist doch zu sagen, daß wir sehr ähnliche Dinge erleben, vor allem in Sachsen, wo man die Arbeiter-Konsumvereine unter anderen durch das Verbot von Stistungsfesten und so weiter maßregelt. Die Arbeiter werden, wie man behauptet, durch die Konsumvereine auf den socialistischen Staat vorbereitet. Die Thatsache, daß die socialdemokratische Parteileitung den Konsumvereinen sehr kühl, wenn nicht geradezu ablehnend gegenüber steht, wird außer acht gelassen, ebenso die Stellungnahme socialistischer Theoretiker gegen derartige genossenschaftliche Gründungen. Auch von der

**Ausbeutung der Angestellten in Arbeiter-Konsumvereinen**

wird von deren Gegnern gern gesprochen. Gewiß beständen, wie Redner meint, hier und da Mißstände, im allgemeinen aber sind die Verhältnisse der Angestellten in den Arbeiter-Konsumvereinen unübertrefflich. Der Mittelstand soll durch die Konsumvereine bedroht und zerstört werden, in Wahrheit aber handelt es sich doch nur um die Kolonialwaren-Händler. Der Mittelstand hat im allgemeinen gar keinen Scheiden durch die Konsumvereine genommen und selbst die Zahl der Kolonialwarenhändler hat sich, wenn auch nicht bedeutend, vermehrt. Gewisse Schädigungen sind allerdings nicht zu leugnen. Zur

**Bekämpfung der Konsumvereine**

werden besonders steuerpolitische Vorschläge gemacht. Die Handelskammer in Halle will den Konsumvereinen die Dividendenverteilung verbieten. Das ist unverständlich, denn die Dividenden der Gesellschafter bei den Konsumvereinen hat mit der Kapitaldividende der Aktiengesellschaft nichts zu thun. Von anderen Seiten wird eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine gefordert, doch schwanken die Meinungen über die Art dieser Steuer sehr. In Dresden fordert man eine auf die Konsumvereine gerichtete Ziskalsteuer. Am beliebtesten ist

**die Umsatzsteuer.**

Der Umsatz aber bietet gar keinen Anlaß für den erzielten Gewinn. Redner behauptet die unbedingte Agitation gegen die Konsumvereine. Die Konsumvereine bilden nicht den arbeitslosen Punkt, von dem aus die Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu



leben ist, aber sie sind in ihrer bescheidenen Wirksamkeit ein wirtschaftlich günstiger Faktor. Die Angriffe auf die Vereine werden diese untereinander fester verbinden, sie noch mehr zum Großverkauf und zur eigenen Produktion drängen. Aber die

### Gefahren für die Konsumvereine

sind größer geworden, die Agitation gegen dieselben ist gewachsen, auch in den Parlamenten, dank dem Mangel an Mut in den politischen Vereinen. Bedauer ist der Überzeugung, daß der Verein für Socialpolitik seine Pflicht veräumen würde, wenn er nicht gegen die Vergewaltigung der Konsumvereine aufzutreten wolle. (Lebhafter Beifall.)

### Ueber das Thema

#### Wazare, Warenhäuser, Konsumvereine

referiert dann Herr Dr. Kocke, Syndikus der Handelskammer Hannover. Redner verliest einen Vortrag über die große Bedeutung und wirtschaftliche Unentbehrlichkeit des Zwischenhandels und schildert die Schädigungen, die den Detailisten durch Warenhäuser und Konsumvereine erwachsen, in den schmerzhaftesten Worten. Unterscheiden will der Vortragende aber zwischen den Warenhäusern à la Rudolf Herzog und Wertheim, Diez etc. Nicht nur das Handwerk und der Kleinhandel, sondern auch das Publikum erleiden durch die Warenhäuser schwere Schädigungen. Die

#### Preisdrückerei im Einkauf

habe schlechte Arbeit und die Verwendung minderwertiger Rohstoffe zur Folge. Betrügereien aller Art werden ausgeübt. Das Angebot billigerer Waren erregt die Kauflust des Publikums in unnützer Weise. Redner demängelt die Einrichtung der Warenhäuser, besonders ihre Feuergefährlichkeit. Man müsse sie zwingen, ihre Geschäftslöcher zu ebener Erde zu haben, dann würden sie bei Ausdehnung ihrer Geschäfte wohl nicht mehr auf die Kosten kommen.

#### Die Socialdemokratie begünstige die Warenhäuser,

weil angeblich hochentwickelte Betriebe besser für die Angestellten sorgen. Demgegenüber will Redner feststellen, daß gerade in den Warenhäusern in dieser Richtung sehr schlimme Verhältnisse beständen. Selbst die besser bezahlten Angestellten können social keinen Ersatz für den vermehrten mittelständigen Händler bieten. Redner glaubt, daß es doch notwendig werde, durch steuerpolitische Maßnahmen gegen die Warenhäuser einzuschreiten. Steuern sollen nicht lediglich finanziellen Zwecken dienen, sie können auch gewisse moralische und andere Zwecke verfolgen, wie die Erbschaftsteuer, die Hundsteuer etc. Eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine will Redner nicht, aber jedenfalls sollten nicht Beamte des Staates oder der Gemeinde Mitglieder von Konsumvereinen sein. Ein Einschreiten der Gesetzgebung sei notwendig, um die parasitische Entwicklung des Wiederkaufmannstums weiter anzuhalten. Die Kaufleute, die sich durch die Warenhäuser bedroht fühlen, erheben im Gegensatz zum Schlussatz des Sombart'schen Referat nicht den Anspruch, reich zu werden, sie wollen nur ihr bescheidenes Auskommen und in diesem Anspruch verdienen sie unsere volle Unterstützung. (Beifall.)

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Zum Hungerstreik** nahm der Arbeiterverband für das Bau-, Maurer- und Zimmerergewerbe in der am Mittwochmorgen abgehaltenen Generalversammlung Stellung. (Vergl. Versamml.) Nach längerer Debatte wurde nachstehender Beschluß gefaßt: „Die heutige Generalversammlung beharrt auf dem Standpunkte, daß die Forderungen der Hunger nicht zu bewilligen und diese im Auslande zu belassen sind. In den Einzelfällen, in denen wegen besonderer Verhältnisse zur Herabsetzung begonnenen Bauten die Bedingungen acceptiert sind, spricht die Generalversammlung ihr Bedauern aus und bestimmt, daß nur da Hungerarbeiten vorgenommen werden dürfen, wo, nach Prüfung der Verhältnisse, der Vorstand Dispens erteilt hat. Gegen Mitglieder, die ohne Dispens Hunger lassen, soll nach dem Statut vorgegangen werden. Zur Durchführung der diesseitigen Beschlüsse wird ein Garantiefonds errichtet.“

**Die Lohnkommission der Hunger** berichtete in einer am Mittwochabend abgehaltenen Baudeputierten-Versammlung, daß bis Dienstagabend 79 Kollegen gemeldet waren, die zu den neuen Bedingungen arbeiten. Dazu kämen noch etwa 50, denen im Laufe des Mittwochs die Forderungen bewilligt worden sind. Als Streikende seien 419 gemeldet. Die Arbeitgeberversammlung am Mittwoch habe sowohl durch den schwachen Besuch, als auch durch die dort gepflogene Aussprache gezeigt, daß die Hunger in den Rund der Arbeitgeber Kreise gelegt haben, und ein erneuter Widerstand von jener Seite nicht mehr zu fürchten sei. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß im Laufe der nächsten Woche zahlreiche Bewilligungen erfolgen und damit der volle Sieg der Streikenden gesichert sei. Der Beschluß der Arbeitgeber, bei dringenden Arbeiten die Forderungen zu bewilligen, bedeute in der That so viel wie eine unbedingte Anerkennung, denn die Hungerarbeiten seien immer dringend. Unter keinen Umständen würden sich die Hunger darauf einlassen, daß die Unternehmer die Forderungen nur für einen bestimmten Bau, aber nicht für ihren ganzen Betrieb und zwar auf die Dauer anerkennen.

**Die Gärtler, Dreher, Drücker, Klempner, Schleifer, Schlosser etc.**, von den Firmen Fernh. Joseph, Alt. Gej. Wuyke, Kramme, Spinn u. Sohn und Schäffer u. W. Aker, die gestern eine sehr statt besuchte Versammlung in der „Berliner Resource“ abhielten, beschloßen einstimmig: Sowie die Formen in den genannten Betrieben für die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit eintreten, wird die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit unter Verbeibehaltung des bisherigen Lohnes im Laufe des heutigen Tages den Betriebsleitungen von den aus den verschiedenen Branchen zusammengesetzten Kommissionen unterbreitet werden.

Bei den in Betracht kommenden Arbeitern ist die Meinung vorhanden, daß die Forderung ohne weiteres bewilligt werden wird. Einzelnen Branchen ist die Einführung des Neunstundentages auch bereits in Aussicht gestellt. Im übrigen ist die Geschäftsfrage in der Metallwaren-Fabrikation eine andauernd günstige. In einer Anzahl großer und kleinerer Betriebe der Metallindustrie besteht die neunstündige Arbeitszeit bereits.

**Achtung, Klempner, Drücker, Schlosser etc.!** In nachstehenden Betrieben befinden sich die Kollegen im Auslande: F. F. A. Schulze, Fehrbellnerstraße; Gerde, Pringelstraße; David Grobe; Scheidler. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Zum Auslande der Teppichweber** der Firma Feibisch wird aus geschrieben: Herr Feibisch hat dem Gewerbegericht gegenüber bekanntlich behauptet, daß er Leute genug habe. Diese Behauptung steht mit den Thatsachen in direktem Widerspruch; in Wirklichkeit hat er außer den Beamten, Werkmeistern und einigen Lehrlingen nur wenige Arbeiter zur Verfügung. Herr Feibisch in eigener Person und auch sein Hausdiener sind eifrig bemüht, Streikende zu überreden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dabei greift man zu recht zweifelhaften Mitteln. Da wird z. B. — namentlich bei Frauen versucht man dies — gefaßt, daß diese und jene Person bereits ebenfalls angefangen habe oder anfange wolle. Damit will man Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden tragen, was bisher aber noch nicht gelungen ist. Auch im „Lokal-Anzeiger“ sucht Herr Feibisch Arbeiter. Nicht bezeichnend für die „Arbeiterfreundlichkeit“ des genannten Blattes ist es, daß man der Streikkommission, die in einem Inserat (selbstverständlich gegen Entgelt) ihrerseits den Lesern des „Lokal-Anzeigers“ Kenntnis geben wollte von der Thatsache des Streiks, dieses zurückweist.

**Achtung, Holzbildhauer!** Wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen sind Kollegen folgender Werkstätten in den Auslande getreten: Thum, Grimmstr. 35; Arndt, Neue Königstr. 10 (arbeitet für Brunzlow); Vogel, Nitzdorf, Knefelerstr. 115; Bary, Friedrichsbergerstraße 10; Veyer, Brickerstr. 7; Beth, Remelerstr. 31; Brunzlow, Neue Königstr. 15; Schulz, Biegelstr. 30; Jacquemin, Alte Jakobstr. 88; Kirchner, Adalbertstr. 42; Griz, Kallisenstr. 57; Kramer, Koppensstraße 60; Solony, Nitzdorf, Walterstraße 28; Schön, Mariannenstraße; Brandenburg, Wilhelmstr. 124; Gröger, Kottbusser Damm 95; Reumann, Mantuffelstr. 22; Reumann, Schönleinsstraße 14; Höfe, Lindenstr. 93.

Es wird ersucht, diese Werkstätten streng zu meiden. Meldungen, auch der Firmen, welche bewilligt haben, sind umgehend an die Lohnkommission, Köpnickstr. 62 (Restaurant Spielberg, Telefon Amt VII Nr. 3632), in der Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr zu richten. Die organisierten Holzarbeiter werden ersucht, die in ihren Geschäften arbeitenden Bildhauer auf die Forderungen aufmerksam zu machen. Die Lohnkommission.

**Achtung Eiseleure und Stahlgraveure!** Bei nachfolgenden Firmen befinden sich die Kollegen wegen Nichtbewilligung des Neunstundentages im Auslande, oder haben gekündigt und ist deshalb jeder Zugang nach diesen Werkstätten strengstens zu vermeiden. Es sind dies die Firmen: D. Volkgod u. Sohn, Silberwarenfabrik, Köpnickstr. 72 (diese Firma ist für Eiseleure und Stahlgraveure gesperrt); Frister (Inhaber Engel u. Hegeuold), Bronzewarenfabrik, Lindenstr. 23; Sped, Bronzewarenfabrik, Dresdenstr. 36; und Gerde, Sebastianstr. 20. Ebenfalls ist von nachfolgenden Firmen jeder Zugang fernzuhalten, da dieselben Streikarbeit aufertigen: Fischer, Wienerstr. 29; Greulich, Adalbertstr. 75; Kothler, Kottbusser Damm 21.

In der Sonntagnummer ist irrtümlicherweise auch die Firma L. Haas in Nitzdorf, Prinz Handjersstr. 42, genannt. Dasselbe wird jedoch, wie uns nachträglich berichtet wurde, keine Streikarbeit angefertigt. Die Kommission.

**Tapetierer!** Die Werkstatt der Firma L. Köpke, Charlottenstraße 18, ist gesperrt und ersuchen wir, diese Werkstatt streng zu meiden. Die Agitationskommission.

### Deutsches Reich.

**Internationale Solidarität.** Für die ausgesperrten dänischen Arbeiter sind bis zum 20. September bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 135 206,25 Mark eingegangen. Die Sammlungen sind damit für geschlossen erklärt.

**Die Forster Buchdruckergehilfen** beabsichtigen, an die städtischen Behörden eine Eingabe zu richten, in welcher sie dieselben bitten, bei Vergebung von städtischen Arbeiten nur diejenigen Buchdruckerereien zu berücksichtigen, welche den zwischen Prinzipalen und Gehilfen vereinbarten Tarif eingeführt haben.

**In Posen** ist am Dienstagmorgen ein Streik der Droschkentritscher ausgebrochen. Dieselben haben alle ausgepaukt; sie meinen, die Polizei bezwinge die Taxameter, wodurch die anderen Kutscher in ihrer Existenz gefährdet würden.

**Die Arbeiter der Berlin-Anhalter Maschinenbau-Aktiengesellschaft zu Dessau** sind in den Streik getreten. Schon vor längerer Zeit wurde den Arbeitern angekündigt, daß demnächst Lohnreduzierungen vorgenommen werden müßten, da die Fabrik „zu hohe Löhne“ zahlt und mit anderen nicht konkurrieren könne. Die Unterhandlungen mit dem Arbeiterausschuß führten zu keinem Ergebnis, die Arbeiter gewannen den Eindruck, als ob sie nur hingenhalten werden sollten und traten in den Auslande.

**Zum Tischlerstreik in Burg** wird geschrieben: Fast 24 Wochen hat die Eingkeit der Unternehmer im Kampfe gegen die Arbeiter gedauert. Endlich ist sie gebrochen. Trotzdem man Anzeigen auf Anzeigen wegen Streikpostensichens gegen uns erstattet hat (einen Erfolg hatten dieselben nicht, denn das Landgericht Magdeburg hat bekanntlich sämtliche Frevel freigesprochen), trotz des abweisenden Austrittens der Unternehmer in den einzelnen Verhandlungen über die Streitfragen selbst und trotz des mit ziemlich großer Majorität gefaßten Beschlusses der letzten Meisterversammlung, den Streik weiter dauern zu lassen, sind dieselben durch unser ruhiges und besonnenes Ausbarren zur Berzweigung getrieben. Heute leben wir, daß der zur Wiederhaltung der Arbeiter geschlossene Ring gesprengt ist. Einer nach dem anderen kommt und wünscht Arbeiter zu den von uns geforderten Bedingungen. Sieben Firmen haben bereits bewilligt. Es arbeiten nunmehr die Mehrheit der Kollegen zu den neuen Bedingungen, und es steht zu erwarten, daß in nächster Zeit noch einige Unternehmer bewilligen werden. In erster Linie aber wird es darauf ankommen, daß die gesamten Kollegen Deutschlands uns ihr Solidaritätsgesühl weiter bezugen. J. A.: Fr. Drechsler.

**Ueber die Gewerbegehilfenwahlen in Halle,** die am 25. September stattfanden, wird uns von dort geschrieben: Die socialdemokratische Liste der Arbeitnehmer ging, wie immer, glatt durch, da Gegner sich gar nicht mehr die Mühe nehmen, Kandidaten aufzustellen. Als Arbeitgeber wurden nur bürgerliche Kandidaten gewählt. Die socialdemokratische Liste blieb im Hintertreffen, da man es diesbezüglich an der notwendigen Agitation fehlen ließ.

**Ein Zusammengehen der beiden Bergarbeiter-Organisationen im Ruhrgebiet** ist auch für die nächsten Wahlen zum Berg-Gewerbegericht erzielt worden. Danach soll beiden Verbänden, dem „Alten Verband“ und dem „Christlichen“ ihr bisheriger Verfassung gewahrt bleiben. Wo es aber gilt, einen Rechenkandidaten zu verdrängen, woraus alle Mühe verwendet werden muß, machen die beiden Verbände halbpakt, d. h. sie verteilen unter sich die Mandate und unterstützen sich bei der Wahl gegenseitig.

### Auslande.

**Die „Neutralisierung der Gewerkschaften“ in der Schweiz** macht sich nicht so glatt und einfach, wie ihre Anhänger erwarteten. In Zürich, so wird uns von dort geschrieben, zog man zu den Beratungen des vom Arbeiterssekretär Greulich ausgearbeiteten Entwurfs für die neuen Statuten des Gewerkschaftsbundes auch Vertreter katholischer Organisationen zu, die die unmöglichsten Dinge fordern. So wird gefordert, daß Gewerkschaftsmitglieder „politisch oder religiös gekränkt“ fühlen, in Zukunft ein besonderes Beschwerderecht zustehen soll. Das würde ein schönes Spitzel- und Demunziantentum geben! Ein katholischer Blatt, die „Zürcher Nachrichten“, fordert Abschaffung der Festlichkeiten mit den unneutralen Festreden, Eingehen der „Arbeiterstimme“ und sofortige Herabgabe eines Gewerkschaftsblattes durch den „besseren Garantien bietenden Arbeiterssekretär“. Auch die Bibliotheken der Gewerkschaften sollten revidiert und alles „unpolitische“ (z. B. Nebels Gran und Socialismus) und „unreligiöse“ (Dobels „Moses oder Darwin“) daraus eliminiert werden. So würden nicht die Gewerkschaftler die katholischen Arbeiter gewinnen, sondern umgekehrt die katholischen Parteiführer die Gewerkschaften erobern. So verheben die Herren überhies die „Neutralisierung der Gewerkschaften“. Die Socialdemokraten müßten Idioten sein oder politische Selbstmord begehen wollen, wollten sie diese dreifachen Forderungen erfüllen.

**Aus Le Creuzot** wird vom 27. d. M. berichtet: Der Besitzer der hiesigen Werke, Schneider, willigte ein, Abgesandte der Ausständigen zu empfangen unter der Bedingung, daß in der Unterredung nur technische oder dienstliche Fragen erörtert werden. Die Ausständigen veranstalteten gestern Abend Kundgebungen vor dem Schlosse Schneiders und verlangten mit den Mufen: „Demission!“ daß Schneider sein Mandat als Deputierter niederlege.

## Unternehmer-Verbände.

**Ein Eisenartikel zur Erhöhung der Preise für Schmierseife** ist in Aussicht. Veteilt sind Firmen aus Rheinland, Westfalen, Oldenburg, Bremen, Hannover, Hamburg und Schleswig-Holstein. Begründet wird die Preisserhöhung mit den hohen Holzpreisen.

**Die Trunks in Amerika.** Auf eine bisher wenig beachtete schädliche Folge der industriellen Konsolidierungen ist die Aufmerksamkeit durch die vor kurzem stattgefundene Versammlung der reisenden Kaufleute der Union gelenkt worden. Von den 300 000 Reisenden sind bisher infolge der Konsolidierungen 35 000 um ihre Anstellung gekommen, während 25 000 sich zu einer bedeutenden Reduktion ihrer Saläre haben verstehen müssen. Sobald die schon bisher zu stande gekommenen Konsolidierungen vollkommen durchgeführt sein werden, dürften noch weitere 90 000 Reisende ihrer Stellen verlustig werden.

## Sociale Rechtspflege.

**Gemeindeversammlung und Versicherungspflicht.** Der Landwirt Weher war überfahren worden, als er vom Besuch der Gemeindeversammlung zurückkehrte. Er beanspruchte vergeblich eine Unfallrente. Die schließliche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft erklärte, daß der Unfall mit der Landwirtschaft des Klägers nichts zu thun habe; das Schiedsgericht als Berufungsinstanz verurteilte dann aber die Berufsgenossenschaft zur Rentengewährung. Hiergegen legte die Berufsgenossenschaft den Rekurs ein und erzielte auch, daß die schiedsgerichtliche Entscheidung aufgehoben und der Kläger mit seinem Ansprüche endgültig abgewiesen wurde. Das Reichs-Versicherungsamti führte aus, daß ein Unfall beim landwirtschaftlichen Betriebe nicht anzunehmen sei. Der Besuch der Gemeindeversammlung sei lediglich die Erfüllung einer öffentlich-rechtlichen Pflicht, der Unfall auf dem Heimwege könne somit nicht dem versicherten landwirtschaftlichen Betriebe zur Last gelegt werden.

## Landtagswahlen in Sachsen.

**Chemnitz, 27. September.** (Privattelegramm.) Bei der heutigen Wählerwahl für die dritte Wählerklasse wurden gewählt: In Frankenberg - Mittweida - Gainschen 16 socialdemokratische Wahlmänner, 7 Gegner; in Limbach 6 soc., 1 Gegner; Meerane 11 soc., 4 Gegner; Reichen-Rossen 12 soc., 5 Gegner; Hofenstein nur socialdemokratische Wahlmänner.

## Teile Nachrichten und Depeschen.

### Bannfall.

**Aöln a. Rh., 27. September.** (B. G.) Heute nachmittag stürzte ein in der Wolfstraße gelegener vierstöckiger Hinterbau, der zu einem Lagerhaus umgestaltet werden sollte, in sich zusammen. Sämtliche an dem Bau beschäftigten Arbeiter wurden mit nur einer einzigen Ausnahme verunglückt. Bis her sind zwei Leichen und ein schwer Verwundeter herbeigeholt worden. Unter den Trümmern dürften sich noch etwa zehn Personen befinden.

**Aöln, 27. September, abends.** (B. L. W.) Der eingestürzte Neubau in der Wolfstraße war 4 Stock hoch und bereits unter Dach. Die Arbeiter waren gerade mit ihrem Mittagessen fertig und hatten die Arbeit des Verputzens des Innenbaues wieder begonnen, als das Unglück aus bisher noch unbekannter Ursache ausbrach. Ein Arbeiter konnte sich retten; die anderen, welche im dritten Stockwerk beschäftigt waren, stürzten mit dem Bauwerk in die Tiefe. Von dem ganzen Bau sieht nur noch ein Teil von zwei Umfassungsmauern; der innere Bau ist in sich zusammengestürzt. Die Blätter geben die Zahl der noch unter den Trümmern Befindlichen auf acht bis zehn an. Ueber 100 Feuerwehrlente und andere zu den Rettungsarbeiten Herangezogene sind ununterbrochen bei elektrischem Licht und Fadelbeleuchtung thätig. Die Angehörigen der Verunglückten umfliehen jammern die Unglücksfälle.

### Transvaalfrage.

**Frankfurt a. M., 27. Sept.** (B. G.) Die „Jeff. Zig.“ berichtet aus Lissabon: Portugal beabsichtigt, falls der Konflikt Englands mit Transvaal es erfordert, eine Brigade von 3500 Mann nach der Delagoa-Bai zu entsenden. Der Kreuzer „Adamastor“ erhielt Befehl, sich bereit zu halten.

**Aöln, 27. September.** (B. L. W.) In einem Lissaboner Telegramm der „Aöln. Zig.“ wird die Meldung Londoner Blätter, daß wegen der Verpachtung der Delagoa-Bai an England Verhandlungen zwischen der deutschen und portugiesischen Regierung eingeleitet seien, als erfunden bezeichnet.

**Wien, 27. September.** (B. G.) Hiesige politische Kreise erklären den Ausbruch des Transvaalkrieges als unmittelbar bevorstehend und unvermeidlich.

**Rom, 27. Sept.** (B. G.) Die englischen Offiziere, welche sich augenblicklich in Süditalien aufhalten, um daselbst 2000 Maultiere für Südafrika anzukaufen, erhielten den telegraphischen Befehl, dieselben anfangs nächsten Monats dorthin abzuschicken.

**London, 27. September.** (B. L. W.) In der nächsten Woche geht der Dampfer „Traemar Costle“ mit 1200 Mann Soldaten und 200 Offizieren nach Südafrika ab.

**Frankfurt a. M., 27. September.** (B. G.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Am 3. Oktober werden an der Stelle des alten Milet die vom königlichen Museum in Berlin angelegten großen Ausgrabungen unter Leitung des Professors Preußner in Angriff genommen werden. Der deutsche Vorkämpfer Freiherr v. Marschall, sowie das Kriegsschiff „Loreley“ begeben sich zum feierlichen Eröffnungsfeste über Smyrna nach Milet.

**Frankfurt a. M., 27. September.** (B. G.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New-York: Aus Venezuela wird gemeldet, daß weitere Gouverneure sich den Revolutionären anschließen. — Hier geht das Gerücht, daß der deutsche Generalkonsul Feigel von seinem Posten zurücktreten wird.

**Budapest, 27. September.** (B. L. W.) Etwa 1000 Socialdemokraten veranstalteten heute abend einen Aufzug, um für die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts Propaganda zu machen. Die Polizei verhaftete etwa 100 Personen.

**Paris, 27. Sept.** (B. G.) In dem Komplotzprozess werden die Angeklagten in vier Gruppen geteilt: 1. Die Gruppe der Patrioten, 2. der Royalisten, 3. der Antisemiten und 4. die Gruppe der flüchtigen reip. noch nicht verhafteten Angeklagten. Die Anwälte der ersten Gruppe erhielten heute nachmittag die Einsticht in das Aktenmaterial. Das Verhör des ersten Angeklagten Déroulède beginnt am nächsten Sonntagabend.

**Paris, 27. September.** (B. L. W.) Dem „Temp“ wird aus Liverpool telegraphiert: Der Dampfer „Olema“, welcher von der Westküste Afrikas eingetroffen ist, überbringt die Nachricht, in Afrika sei das Gerücht von der Ankunft einer französischen Expedition in der Umgegend von Kano verbreitet. Der „Temp“ glaubt, diese Mission sei diejenige Boulets. Die „Liberé“ meldet, der Minister der Kolonien sei noch immer ohne Nachrichten über die Offiziere, welche den Hauptmann Boulet begleiteten, aber man glaube, daß sie sich von ihm getrennt hätten und sich freiwillig der Mission Houtear-Lamy anschließen würden.

**Rom, 27. September.** (B. G.) Die von Italien gewünschte Abänderung des französischen Militärattaches in Rom soll in nächster Zeit erfolgen. Desgleichen soll auch Panizzaris Posten in Paris neu besetzt werden.

**Montevideo, 27. September.** (Meldung des „Reutischen Bur.“) Der Finanzminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten sind von ihren Posten zurückgetreten. Die Demission ist zurückzuführen auf Schwierigkeiten, die in der Frage des Restorats der Universität entstanden sind.



Anträge

zum socialdemokratischen Parteitag

am 9. Oktober und folgende Tage

zu Hannover in dem „Ballhof“, Burgstraße 9.

Tagesordnung.

- 1. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß Punkt 7 der Tagesordnung am besten unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage erörtert wird, diesen Punkt der Tagesordnung als Punkt 6 und Punkt 6 als 7 zu behandeln.
2. Parteigenossen in Frankfurt a. M. und Bochum: Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei betreffend, einen Korreferenten zu bestellen.
3. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow: Zu den Punkten 5 und 7 der Tagesordnung des Parteitages Korreferenten zu bestellen.
4. Parteigenosse Aug. Döhn, Gera: Die Einführung eines gesetzlichen Mindesttagelohnes auf die Tagesordnung zu setzen.

Programm.

- 5. Parteigenosse August Döhn, Gera: In dem Schlußtag des Parteiprogramms, die Arbeiterbewegung betreffend, ist nach alinea folgender Satz anzunehmen: Einführung eines Mindesttagelohnes für alle in Accordarbeit beschäftigten Arbeiter, mit der Maßgabe, daß jedem in einem gewerblichen Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter ein Grundtagelohn von mindestens 2,80 M. gesetzlich garantiert wird, welcher auch dann an den ausgedienten Arbeiter ausbezahlt werden muß, wenn der Accordpreis (Lohn) für ein von demselben Arbeiter an einem Arbeitstag geleistetes Quantum Arbeit kleiner ist als der Tagelohn.

Taktik.

- 6. Parteigenossen des 7. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Parteitag wolle zu dem disciplinwidrigen Verhalten verschiedener Wahlkreise gegenüber den Beschlüssen der letzten sächsischen Landtagskonferenz, Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen betreffend, Stellung nehmen.
7. Parteigenosse Fröhslich, Berlin: a) Der Parteitag bringe wiederholt in Erinnerung, daß bei Wahlen, gleichviel zu welcher Körperschaft, die Parteigenossen unter allen Umständen Kompromisse mit anderen Parteien zu vermeiden haben. b) Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien ist Stimmenthaltung die Ehrenpflicht eines jeden Genossen. Da wir alle Parteien als eine einzige reaktionäre Masse betrachten müssen, dürfen Gesichtspunkte taktischer Art an diesem Vorgehen nichts ändern.

Organisation.

- 8. Parteigenossen von Berlin V und VI, die Genossinnen Berlins, die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow: Streichung des folgenden im § 9 der Organisation stehenden Satzes: Inwieweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauen-Versammlungen gewählt werden.
9. Parteigenossen von Berlin I, II, IV und V und die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow: Der zweite Teil des § 17 a ist von den Worten „Einwände der Rechtskommission usw.“ zu streichen; an diese Stelle ist zu setzen: Diese erledigt mit dem Parteivorstand gemeinsam zu gleichen Rechten alle Angelegenheiten des Parteiorgans, insbesondere Einstellung und Entlassung im Personal.
10. Parteigenossen in Detmold: Jeder Wahlkreis kann einen Delegierten zum Parteitag wählen; die Kosten trägt die Parteilasse. Die Kosten für weitere Delegierte haben die Wahlkreise selbst zu tragen.
11. Parteigenosse Max Grünwald, Jena: Der Parteivorstand wird beauftragt, sofort nach Schluß des Parteitages die Einrichtung einer eigenen, der Partei gehörigen Druckerei für das Centralorgan der Partei in Angriff zu nehmen, und dafür zu sorgen, daß vom 1. Januar 1900, spätestens vom 1. April 1900 ab die Drucklegung des „Vorwärts“ in dieser Druckerei stattfinden kann.

Presse.

Centralorgan.

- 12. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow: Der „Vorwärts“ als Centralorgan der socialdemokratischen Partei hat zu allen aktuellen politischen Tagesfragen, sowie zu allen die eigene Partei betreffenden Angelegenheiten Stellung zu nehmen.
13. Parteigenossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises: Das Centralorgan, der „Vorwärts“, soll zweimal täglich, morgens und abends, erscheinen.
14. Parteigenosse Max Grünwald in Jena: Mit der Drucklegung des „Vorwärts“ in einer eigenen Druckerei wird zugleich die Einrichtung eines täglich zweimaligen (morgens und abends) Erscheinens des „Vorwärts“ verbunden; die hierdurch notwendig werdende Abonnements-Erhöhung soll möglichst 4 M. pro Quartal nicht übersteigen.

Droschüren.

- 15. Parteigenossen in Köln: Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Broschüre in gedrängter, zur Agitation geeigneter Form herauszugeben, die die Ergebnisse der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage und in den Landtagen darstellt.
16. Parteitag des Kreises Gotha: Die Parteilitung zu beauftragen, die Reichstagsverhandlungen in Droschürenform (großes Format) erscheinen zu lassen, welche zu einem angemessenen Preis von den Parteiläutern erworben und als wöchentliche oder halbwochentliche Beilagen herausgegeben werden können.
17. Parteigenossen in Detmold: Während der Reichstagswahlen soll die Parteilitung „Wahlzetteln“ herausgeben, deren Inhalt neben der Aufklärung der Wähler speziell der Widerlegung und Abwehr gegnerischer Angriffe gewidmet ist.
18. Parteigenossen in Breslau: Das bisher im Waaleschen Verlage erschienene „Arbeiterrecht“ von Stadthagen in neuer Bearbeitung im Verlag der Vorwärts-Buchhandlung herauszugeben.
19. Parteigenossen in Billingen: Ein Organ herauszugeben, das große Wissensgebiete umfassend und leichtverständlich behandelt. Jedes Thema hat einen viertel- oder halbjährigen Kursus zu bilden und jede Nummer einen geschlossenen Abschnitt von der Länge eines ca. einstündigen Vortrages zu enthalten. Der Parteivorstand hat die Organisation darauf hin-

zuwirken, daß sie sich durch Bezug dieses Organes in den Stand setzen, in jeder Versammlung einen wissenschaftlichen (Vese-) Vortrag zu bieten.

20. Dieselben Genossen beantragen weiter: Anlässlich des Jahrhundertwechfels eine Droschüre herauszugeben, die die wichtigsten Vorkommnisse dieses Jahrhunderts vom socialdemokratischen Standpunkt aus kritisch beleuchtet.

Freie Stunden.

21. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow usw.: Die Unterhaltungschrift „Freie Stunden“ ist in Text und Illustration einer allgemeinen Verbesserung zu unterwerfen.

22. Parteigenossen im 5. sächsischen Wahlkreise, Dresden-Alstadt: Der Verlag der „Freien Stunden“ ist anzuweisen, in der Wahl der darin aufzunehmenden Romane mehr Vorzicht walten zu lassen, damit in Zukunft Romane von so zweifelhaftem Wert, wie der kürzlich erschienene: „Die Töchter des Südens“ vermieden werden.

Jugendliteratur.

23. Parteigenossen in Essen: Der Parteivorstand wird beauftragt, möglichst bald die Herausgabe einer zweckentsprechenden Jugendliteratur zu bewerkstelligen.

Flugblätter.

24. Parteigenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die Vertrauenspersonen haben bei Schluß der Session, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse dies nicht früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Tätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt.

Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Arbeiterpresse zu machen.
25. Die Parteigenossen in Regensburg: Den Parteivorstand zu beauftragen, zur Gründung und Erhaltung eines Parteiblattes für Regensburg und das übrige Schwaben die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Localpresse.

26. Kreisversammlung des Wahlkreises Hagen-Schwelm: Der Parteitag zu Hannover wolle das auf dem außerordentlichen Parteitag des westfälischen Weisfalen zu Hagen geschlossene Verhältnis zwischen der Parteilitung und der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung auf zwei Jahre bestätigen.

27. Kreisversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde: Den das Verhältnis der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung zur Parteilitung betreffenden Antrag des Kreises Hagen an den Parteitag zu Hannover erachtet die Kreisversammlung des Wahlkreises Dortmund-Hörde als unzulässig, da es nicht Sache des Parteitages sein kann, Entscheidungen und Beschlüsse herbeizuführen in Angelegenheiten, welche bestimmt abgegrenzte Bezirke allein angehen, wie die Angelegenheit der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung eine solche ist.

Es wendet sich daher die Kreisversammlung mit dem Antrag an den Parteitag, irgendwelche Anträge, wie der von Hagen, welche auf die Regelung der Besitz- oder Verwaltungsverhältnisse unserer Zeitung gerichtet sind, zurückzuweisen.

Agitation.

28. Parteigenosse Harris-Himbach: Der Parteitag möge geeignete Genossen zur Herausgabe einer Droschüre veranlassen, welche dazu bestimmt ist, den auf dem Lande wohnenden Parteigenossen als Führer zur Agitation von Mund zu Mund zu dienen. Die Droschüre soll, an die nächstliegenden Verhältnisse des Kleinbauernstandes anknüpfend, rein theoretisch-socialistischen Inhaltes, dabei weniger werdend als aufklärend sein.
29. Parteigenossen in Heidelberg: Die Parteilitung zu veranlassen, daß von einem Parteiverlag eine billige Droschüre herausgegeben wird, welche in populärer Weise die Schädlichkeit des übermäßigen Genusses von Alkohol darlegt und auf die schädlichen Wirkungen desselben für die moderne Arbeiterbewegung hinweist.

30. Parteigenossen in Stuttgart: Die Arbeiterpresse möge mehr als bisher das Proletariat auf die Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses aufmerksam machen.
31. Parteigenosse Jacob Meyer, Berlin: Mit aller der Partei zu Gebote stehenden Kraft dafür einzutreten, den Alkohol zu bekämpfen.

32. Parteigenossen in Warth: Die Referenten zur Agitation hat der Parteivorstand resp. die Vertrauenspersonen des Kreises zu befragen; das vereinnahmte Geld, nach Abzug der Kosten am Orte, an sich zu nehmen, um eine gleichmäßige Agitation in den kleinen Orten wie in den großen Städten zu erzielen.

Parlamentarisches.

33. Parteigenossen des 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, Dresden-Land: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, die Reichsregierung zu interpellieren, wie sie die Durchführung und Beachtung der Reichsgesetze im Admireich Sachsen zu bewirken gedenkt, beziehentlich wie sie sich dazu stellt, daß Königl. sächsische Gerichte Reichsgesetze durch Polizeiverordnungen — so die Bestimmung der Gewerbeordnung über die unbehinderte Verbreitung von Flugblättern, Stimmzetteln usw. auf Plätzen und Straßen während der Wahlzeit, durch eine Verordnung der Polizeidirektion Dresden — für außer Kraft gesetzt erklären entgegen der Bestimmung der Reichsverfassung: Reichsgesetz geht vor Landesgesetz.

34. Parteigenossen in Heidelberg: Die socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten werden er- sucht, mit aller Energie und Nachdruck für Aufhebung des Zwangs einzutreten.
35. Parteigenossen in Aachen: Die Fraktion zu beauftragen, in kommender Reichstagsession wiederum die Anträge auf Einführung des achtstündigen Normalarbeitsdays, sowie auf Einführung der obligatorischen Gewerbe- gerichte einzubringen. Ferner soll die Fraktion beauftragt werden, eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens herbeizuführen durch Einführung eines Minimallohnes.

36. Parteigenossen in Göttingen: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, im Reichstag dahin zu wirken: a) In dem § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes im 1. Absatz die Worte „innerhalb des Bezirks einer Auf- sichtsbehörde“ zu streichen. b) In § 137 der Gewerbe-Ordnung den 5. Absatz zu streichen und dafür zu setzen: Wächterinnen dürfen während sechs Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht beschäftigt werden. c) Der Zwangszwang ist für ganz Deutschland aufzuheben. d) Bei § 119a der Gewerbe-Ordnung ist zu setzen: Inwider- handlungen werden bestraft.

Resolutionen.

37. In Punkt 2 der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes. Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises Dresden-Al- stadt:

In Erwägung, daß die gegenwärtige schärfere Interpretation der strafrechtlichen Bestimmungen sich insbesondere gegen Handlungen Klassenbewußter Arbeiter richtet und diese als Opfer einer Klassen- justiz zu betrachten sind, spricht der Parteitag wegen der unterlassenen Registrierung des hier besonders hervorzuhebenden schwerkgerichtlichen Urteils gegen die Lötbauer Palearbeiter in der Rubrik „Unter dem neuesten Kurs“ im „Vorwärts“ sein Bedauern aus. Der Parteitag erwartet vom Parteivorstand,

1. daß derselbe die unterlassene Registrierung in geeigneter Weise nachholt; 2. daß er in Zukunft unter obigem Einfluß erfolgte Ver- urteilungen ohne weiteres registriert.

38. Parteigenossen des sächsischen Wahlkreises Dresden-Land: Mißbilligung darüber ausdrücken, daß der Parteivorstand von der Liste der Klassenkampfbanner die Verurteilten in dem Lötbauer Straßalprozess gestrichen und diese Streichung nachträglich mit des Besorgnis vor falschen Auslegungen durch die Scharfmacher begründet hat. Da ein schwaches Juridizielchen vor dem immer bedrohlicher werdenden Machenschaften des Justizministeriums das Vertrauen der deutschen Arbeiter in die Vertretung ihrer Interessen durch die social- demokratische Partei erschüttern müßte, möge der Parteitag ferner den gethanen Mißgriff nach Möglichkeit reparieren und Anordnungen treffen, die dessen Wiederholung verhindern.

39. Parteigenossen in Dariach: In Anbetracht des Umstandes, daß die Zahl der Vertreter der Partei in den kommunalen Körperschaften ununterbrochen wächst und diesem Gebiet seitens der Parteigenossen auch der kleineren Städte und Landorte steigende Aufmerksamkeit zugewendet wird; in der ferneren Erwägung, daß die Ausweitung von einheitlichen leitenden Gesichtspunkten für die Gemeindepolitik mehr und mehr zur zwingenden Notwendigkeit wird, beantragen wir, der Parteitag möge dieser Frage näher treten.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Erörterung über Punkt 3 des Parteiprogramms. 40. Parteigenosse E. Meißner, Jena: In Erwägung, daß das Parteiprogramm zwar kein Dogma, aber an dessen Stelle oder einzelnen Punkten desselben bis heute und auch in absehbarer Zeit nichts Besseres gestellt werden kann; in fernere Erwägung, daß gegen einen der wesentlichsten Punkte des Programms, und zwar Punkt 3 desselben, Abschaffung der stehenden Heere, Erzielung der allgemeinen Wehrfähigkeit, sich der Abg. Max Schippel früher ausgesprochen, wolle der Parteitag beschließen, obengenannten Reichstags-Abgeordneten Max Schippel als nicht mehr zur socialdemokratischen Arbeiterpartei gehörend zu betrachten und denselben aus der Partei auszuschließen.

41. Parteigenossen in Magdeburg: In kritischen Gegenlag zu Schippels Ausführungen in den „Socialistischen Monatsheften“ und der „Neuen Zeit“ ist auf das entschiedenste für die Aufrechterhaltung und Propagierung des dritten Absatzes unserer Gegenwartsforderungen einzutreten: Erzielung der allgemeinen Wehrfähigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung, Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Die stehende Heere bergen, je länger, je mehr in allen Staaten die größten Gefahren für die Völker, ihre Geschicke und die Demokratisierung ihrer politischen Zustände. Die Demokratie kann nimmermehr unter dem Militarismus gedeihen oder geschaffen werden, wofür Frankreich seit Jahr und Tag einen klassischen Beleg liefert, sondern sie ist nur noch möglich und erreichbar unter dem jeden Staatstreue ausschließlichen Militärsystem. Es ist daher un- verständlich, wie ein Socialdemokrat, noch dazu ein Vertrauensmann der Partei, der seit Jahren Vertreter eines Reichstags-Wahlkreises ist, über das zu erklappende Militärsystem spötteln und zur Ein- richtung der stehenden Heere sich sympathisch stellen kann.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei. 42. Parteigenossen in Friedriehsberg bei Berlin: Es liegt keinerlei Grund zu irgend einer Aenderung der Grund- anschauungen oder der Taktik der Partei vor. Von den Vertretern der Partei muß verlangt werden, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und das Endziel der Vervollstän- digung der Produktionsmittel im Auge haben und bei der Agitation dieses Endziel in erster Linie in den Vordergrund stellen, um das socialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu stärken. Es ist insbesondere gegenüber dem von Tag zu Tag sich mehr zuspitzenden Klassenkampf zu verweisen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten. Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Lohn- systems kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Es ist an der revolutionären Grundanschauung und an der revo- lutionären Taktik der Partei festzuhalten und jedem Versuch der Vertuschung des Klassenkampf-Charakters entgegenzutreten.

43. Parteigenossen in Stuttgart: Die Parteiverammlung ist der Ansicht, daß Vernstein sich in seiner Schrift von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Social- demokratie steht, entfernt hat. Sie weiß keine Kritik unserer Grund- sätze und die von ihm empfohlene Taktik aufs schärfste zurück. Die Socialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfpartei festhalten und damit auch an ihrer erprobten Taktik. Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung von dem Parteitag in Hannover, daß er die Stellung der Partei zu den von Vernstein an- geschissenen Fragen klar präzisiert.

44. Parteigenossen des 7. sächsischen Wahlkreises Meiß- nen-Großhain: sehen trotz der verschiedenen Anregungen keine Notwendigkeit, eine Aenderung in der Taktik vorzunehmen, sondern erwarten vom Parteitag, daß die bisherige Taktik bei wirtschaftlichen, sowie in- und ausländischen Fragen beibehalten wird.

45. Parteigenossen des 6. sächsischen Wahlkreises Dresden- Land halten es für erforderlich, daß der Parteitag die Versuche, die socialdemokratische Partei von ihrer bisherigen revolutionären Taktik abzubringen, entschieden zurückweist. Es sind dabei jedoch solche Beschlüsse zu vermeiden, die den Anschein erwecken könnten, als solle ein Rebergericht abgehalten oder die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei eingeschränkt werden.

Deshalb fallen alle theoretischen Streitigkeiten, obgleich sie selbst- verständlich in den Erörterungen des Parteitages eine Rolle spielen werden, aus dem Rahmen der Parteitagsbeschlüsse heraus. Um so schärfer aber sind diejenigen Vorschläge zu brandmarken, von denen der Parteitag die Herabsetzung gewinnt, daß deren Be- folgung den proletarischen Klassenkampfcharakter der socialdemokratischen Partei zerstört, sie dem socialistischen Endziel entfremdet und sie zu einem Anhängel bürgerlicher Reformparteien machen müßte. Das sind insbesondere:

1. die von Schippel, Vernstein und anderen Genossen befür- worteten Konzeptionen an den Militarismus, dessen ver- derblicher Einfluß auf den Einrichtungen eines stehenden Heeres ist; 2. die Vernsteinische Begünstigung der nferlosen Weltpolitik der Agitations, durch die dem deutschen Volke die schneidigste Angelegenheit des Kapitalismus, die Plantagenwirtschaft mit Null, aufgehält wird;

3. der Vernsteinische Ratichlag, auf das, was er die „Frohlegende“ nennt, zu verzichten, damit die Socialdemokratie handlungsfähig werde für das liberale Bürgertum, eine Taktik der Feigheit, die aus den socialistischen Kernpunkt unserer Programms rauben und zum Untergang der Partei führen müßte.



# Genossenschaftswesen.

46. Parteigenossen des 1. Hamburgischen Wahlkreises: An Stelle der auf dem Berliner Parteitag 1892 gefassten Resolution über Genossenschaftswesen folgende zu setzen:

In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei auf dem Standpunkt:

Sie kann die Gründung von Produktivgenossenschaften grundsätzlich nicht gutheißen, da dieselben in der Regel wegen ungenügendem Absatz ihrer Produkte zu Grunde gehen oder, wenn sie Erfolge haben, sich sehr bald zu rein kapitalistischen Betrieben auswandeln. Wo es sich dennoch notwendig erweisen sollte, um im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf genutzte Genossen eine Existenz zu verschaffen, müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftslundige Leitung und Verwaltung gegeben sind.

Sie erkennt jedoch an, daß Konsumgenossenschaften und von solchen für den eigenen Bedarf errichtete Produktionsstätten unter tüchtiger, sachmännlicher Leitung der Arbeiter in ihrem Streben nach höherer Lebenshaltung wesentliche Vorteile zu bieten vermögen. Die Partei als solche lehnt jedoch jede Verhätigung auf diesem Gebiete ab.

## Parteitag.

47. Parteigenossen in Lübeck: Den Parteitag 1900 in Lübeck abzuhalten.

48. Parteigenossen in Grabow a. O.: Den nächsten Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr tagen zu lassen.

49. Parteigenossen in Stuttgart: Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die Frage der Verlehrsposition zu stellen und dazu einen geeigneten Referenten bestellen.

50. Parteigenossen in Detmold: Am nächsten Parteitag: Das Erfurter Programm und die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft auf die Tagesordnung zu stellen.

## Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag nahm eine Versammlung der Genossen in München Stellung. Genosse Volkmann hielt den Hauptvortrag. Er verbreitete sich namentlich über die Militärfrage und die „Vernunft“-Frage. Er ist der Meinung, daß keine Notwendigkeit vorliegt, die Militärfrage in Hannover zu verhandeln. Wenn etwas unter uns abgemacht sei, dann ist es gerade dieser Punkt, daß heißt unsere Gegnerschaft gegen die stehende Heere, gegen unser Kasernenwesen, gegen alles, was man Militarismus nennt. Darüber, daß der Militär-Etat zu verweigern sei, bestand niemals eine Meinungsverschiedenheit in der Partei. Auch derjenige Genosse, der die Veranlassung gegeben hat, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, nämlich der Genosse Schippel, auch ihm sei es wohl nicht eingefallen, etwa die Forderung aufzustellen, daß der Militäretat oder ein Teil davon bewilligt werden soll. Er hat zwar nicht in einem offiziellen Partei-Organ, aber in den von Parteigenossen geleiteten Sozialistischen Monatsheften eine Kritik veröffentlicht über unsere bisherige Stellung zum Militärwesen und sich darüber lustig gemacht, daß eine Anzahl Genossen meint, daß mit dem Worte Militär die Sache eigentlich schon gelöst sei. Er hat damals diese etwas bissigen Auseinandersetzungen nicht mit seinem eigenen Namen, sondern mit dem Pseudonym „Jugoslav“ unterzeichnet. Man hat auf Seiten derjenigen, die von Grund aus mit der Tendenz und Form seines Artikels nicht einverstanden waren, ihn lächelnd genommen, daß er nicht seinen Namen darunter gesetzt, sondern sich eines Pseudonyms bedient hat, und die Sache wurde bereits in der Reichstags-Fraktion verhandelt. Mit der Form des Artikels war niemand einverstanden, denn man sagte, daß man bei einer derartigen Frage sich parteifreundlicher und kameradschaftlicher ausdrücken sollte, wohl aber bestanden Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt. So weit Schippel nur über die Militärfrage sich lustig gemacht hat, hat er durchaus nicht seinen Pflichten als Parteigenosse widersprochen. Unter Mitgliefern stellt man sich die Militärfrage so vor, wie sie in der Schweiz ist. Daß für uns in Deutschland bei unserer internationalen Lage und unter den heutigen Verhältnissen dieses System in dieser Form unannehmbar wäre, darüber besteht auch ziemlich wenig Zweifel. Man konnte auch Schippel wenigstens soweit Recht geben, daß der Punkt 3 des Parteiprogramms, der gar nicht von Militär, sondern von Volkswehr spricht, für die Gegenwart in der Hauptsache beibehalten, daß wir für fortgesetzte Reduktion der Dienstzeit eintreten müssen. In diesem Sinne wurde auch im vorigen Jahre sogar in Stuttgart ein Antrag Motion angenommen, dahingehend, es sei auf eine Reduktion der Dienstzeit wenigstens auf ein Jahr hinzuwirken. Wir werden darum einfach beschließen, daß wir unser Parteiprogramm in diesem Punkte aufrecht erhalten.

Was der Redner über die Ansichten Bernsteins wesentlich gesagt, giebt der noch unvollständige Bericht der „Münchener Post“ noch nicht wieder. Es dürfte jedoch im Kerne enthalten sein, in der nach zustimmenden Aeußerungen der Genossen S t u r m und T i m einstimmig angenommenen Resolution des Inhalts:

Die Parteiversammlung der Sozialdemokratie Münchens hält die Ansicht der Bernsteinschen Schrift zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten nicht für solche, die die Kraft der Partei oder ihre Aktionsfreiheit irgendwie beeinträchtigen könnten.

Die sozialistische Bewegung ist vom Schicksal der über sie aufgestellten Theorien unabhängig. Die allgemeinen Sätze des Parteiprogramms enthalten keine ewigen Wahrheiten, sondern unterliegen der Weiterbildung durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die politische Erfahrung.

Das Bestreben, angeblich anerkannte Lehmeinungen zu Dogmen zu stampeln und die an ihnen Zweifelnden als Keyer zu behandeln, ist mit den Grundfragen des Sozialismus unvereinbar. Die unbedingte Freiheit der Forschung und Kritik ist das Recht jedes Parteigenossen. Die Parteiversammlung ist der Ueberzeugung, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in der Entwicklung ihrer Anschauungen und ihrer Taktik auf dem rechten Wege zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Arbeiterklasse und zur Eroberung der politischen Macht befindet.

Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Erfurt-Schleuingen nahm eine Resolution an, die sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Aenderung des Programms zur Zeit nicht als notwendig erweisen sei, aber das Recht der freien Forschung und Meinungsäußerung besonders betont.

In der Parteiversammlung für den 20. sächsischen Wahlkreis referierte Schöpflin-Chemnitz. Er zog, wie die „Chemnitzer Volksstimme“ berichtet, scharf gegen den sogenannten Opportunismus zu Felde, und verurteilte die der Partei neuerdings von der Studierkammer heraus empfohlene kompromissvolle Reformtätigkeit, die den Kampfesmut der Genossen nur schwäche und die Aktionskraft der Sozialdemokratie lähme. Nur das reine Banner des proletarischen Klassenkampfes könne die Sozialdemokratie zu wirklichen Erfolgen im Interesse der Arbeiterklasse und zum endlichen Siege führen; nicht aber etwa Bernsteinschen und Konsum- und Produktiv-Genossenschaften. Der große anhaltende Beifall, den die Versammlung dem Redner spendete, bewies deren Einverständnis mit seinen Ausführungen. Mehrere Redner traten ihm noch bei. Durch Beschluß erklärte sich die Versammlung mit dem Referenten einverstanden und sprach aus, daß sie entschieden am proletarischen Klassenkampf festhalten will, ohne jedoch die Freiheit der Meinungsäußerung irgendwie zu beeinträchtigen.

Der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Pommern wurde am Sonntag in Stettin abgehalten. Es waren 39 Delegierte anwesend. Der Bericht des Provinzial-Vertrauensmannes trat über die geringe Fortschritte in der Provinz. In der Diskussion wird vielfach Klage geführt über ungenügende

Tätigkeit des Agitationskomitees. Es wird am Ende beschloffen, das Erscheinen des „Pommer“ einzustellen, dafür aber zweimal im Jahre Broschüren und außerdem den Volkskalender in der Provinz zu verteilen.

Herbert referiert dann über die Taktik der Partei; seinen Anschauungen entspricht die nachstehende, einstimmig angenommene Resolution:

Der achte pommerische Provinzial-Parteitag der sozialdemokratischen Partei beschließt: In Erwägung, daß die freie Forschung nur der Wahrheit die Wege bahnen kann; in weiterer Erwägung, daß die Wahrheit zum Fortschreiten der Sozialdemokratie ein unerlässlicher Faktor ist, steht der Parteitag in der wissenschaftlichen Kritik des Programms unserer Partei und ihrer Taktik für dieselbe nur etwas Gutes. Um eine fundamentale Aenderung des Programms der Partei zu rechtfertigen, bedarf es eines gesicherten Materials, welches die Unzulänglichkeit desselben deutlich erkennen läßt. Da aber ein solches Material nicht vorliegt, erachtet der Parteitag eine Aenderung des Programms und der daraus sich ergebenden Taktik zur Zeit nicht den Interessen der Partei dienlich.

Amge referiert über den Stand der Presse. Er bemerkt, viel sei diesmal nicht zu sagen. Nachdem der Parteitag vor zwei Jahren die Uebernahme des „Volkboten“ in Partei-Eigentum beschloffen hat, ist dies geschehen. Ob alle Wünsche und Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind, wolle er nicht erörtern. Es wird jetzt mehr Lesestoff geboten und außerdem die „Neue Welt“ beigelegt. Ferner werden jetzt Illustrationen gebracht. Die Abonnenten-Zahl ist gestiegen, trotzdem stehe die Zahl der Abonnenten noch im Mißverhältnis zur Zahl der sozialdemokratischen Stimmen. Die finanziellen Verhältnisse haben sich gebessert; voraussichtlich sind in diesem Jahre keine Zuschüsse erforderlich. Das Blatt wird erweitert werden, wenn die finanziellen Verhältnisse es gestatten.

Zum Schluß referierte Körsen-Berlin noch über die Frage: Die Landarbeiter, das Koalitionsrecht und die Gewerbe-Ordnung. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht.

Eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens fand letzten Sonntag in Straßburg statt. Es waren zu derselben 28 Delegierte aus 18 Orten aller Teile des Landes erschienen. Der Geschäftsbericht des Landeskomitees führt Klage über die mangelnde Fühlung zwischen den Vertrauensleuten der einzelnen Orte und dem Vorstand der Landesorganisation und bedauert gleichzeitig, daß aus Mangel an Mitteln eine Anzahl von Beschlüssen der vorjährigen Konferenz nicht durchgeführt werden konnten. Gleichwohl könne ein weiteres Fortschreiten der sozialistischen Bewegung im Lande auch für das letzte Geschäftsjahr konstatiert werden, wie unter anderem aus dem Ausfall der Gewerbegerichts- und Ortskrankenkassen-Wahlen in Straßburg und Mülhausen hervorgehe. Von dem Urteil des Meyer-Landgerichts, durch welches dem § 152 der Gewerbe-Ordnung mit seiner Festlegung des Koalitionsrechts der Arbeiter im Lande endlich eine praktische Geltung verschafft wurde, ebenso von der Entscheidung des Landgerichts Straßburg in Sachen der Deutschfranzösischen Arbeitervereine, die die Arbeiter im Lande endlich die Rechte als die wahre Partei der Gelehrtheit erwiesen hätten.

Der Kassenbericht verzeichnet bei einem Kassienbestand von 1088 M. im abgelaufenen Rechnungsjahre eine Einnahme von 899 M.; da derselben jedoch eine Ausgabe von 1618 M. gegenübersteht, ergab sich für Ende August d. J. eine Reduktion des Kassienbestandes auf 369 M.

Nach den Mitteilungen von Emmel-Saarbrücken ist zur Organisation der Grubenarbeiter im Nordbayer Bezirk nun der Grund gelegt; der Boden sei dort gut, schwierig sei es nur, einzudringen.

In der Diskussion über die Presse wurde allseitig der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß das Parteiorgan lebensfähig sei und daß dessen Uebernahme aus dem bisherigen Privatverlag in das Eigentum der Partei zunächst angestrebt werden müsse.

Für die bevorstehende Reichstagswahl im Kreise Schleifstadt beschloß die Konferenz die Teilnahme unserer Partei unter Beibehaltung der bisherigen Kandidatur Brzozkewicz, Straßburg. In das Landeskomitee wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt.

Die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag nimmt, wie im Jahre 1899, an der Eröffnungsfeier des Landtags im Thronsaal der Residenz selbstverständlich nicht teil. Genosse Löwenstein wird daher auch von dem ihm zustehenden Rechte, als Alterspräsident zu fungieren, keinen Gebrauch machen.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Verleumdung der sächsischen Justiz, deren sich der Postillon in seiner dreißigjährigen Märznummer schuldig gemacht haben soll, soll noch immer keine Sühne finden. Bekanntlich soll die Verurteilung mit Hilfe des stiegenden Gerichtsstandes durch ein sächsisches Gericht, das in Chemnitz, erreicht werden. In Bayern dürfte sie allerdings auch nicht so leicht zu erzielen sein. Es war nun Termin zur Hauptverhandlung auf den 26. September angelegt, also reichlich 6 Monate nach der That. Jetzt ist einem mit angeklagten Colporteur mitgeteilt worden, daß dieser Termin wieder aufgehoben ist. Die Sache scheint ihre Schwierigkeiten zu haben.

## Kommunales.

Der wegen einheitlicher Regelung des städtischen Submissionsverfahrens von der Stadtverordneten-Versammlung eingeleitete Ausschuss hat sich am Dienstagabend mit der Angelegenheit beschäftigt. Kommt die Beratung aber nicht zum Abschluß bringen. Beschlossen wurde, in die allgemeinen Submissionsbedingungen folgenden generellen Passus aufzunehmen: Die Eröffnung der versiegelt abzugebenden Offerten erfolgt in dem in der öffentlichen Bekanntmachung angegebenen oder in dem zu diesem Zweck anberaumten Termine in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten. Nicht rechtzeitig eingegangene oder den Anforderungen nicht entsprechende Offerten bleiben unberücksichtigt. Nachgelote oder Aenderungen nach Eröffnung des Termins sind unzulässig. Von den übrigen Anträgen gelangen die nachstehenden beiden noch zur Erörterung: a) Jede Zuteilung von Aufträgen ist von dem Umfange abhängig zu machen, daß der betreffende Unternehmer seine Arbeiter zu den in der Branche üblichen, beziehungsweise zwischen Unternehmern und Arbeitern im Einigungsamt vereinbarten Arbeitsbedingungen beschäftigt. b) Sämtliche Verwaltungszweige — soweit sie Arbeiten in Submission an Unternehmer vergeben — sind vom Magistrat auszuweisen, in den Verträgen die Unternehmer zu verpflichten, den Ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche von den Arbeiterorganisationen anerkannt werden, für sich als bindend zu erachten. Nach eingehender Beratung wurden diese beiden Anträge vom Ausschusse abgelehnt. Kein Wunder bei derurch unserer liberalen Stadtverordneten-Mehrheit, sich in irgend einem, wenn auch noch so nebensächlichen Punkte gegen die heiligen Gebote des Gottes Kapital verstoßen zu können.

Stiftung. Zum Zwecke der Vermehrung der ärztlichen wissenschaftlichen Bibliotheken, der Berliner städtischen Krankenhäuser und Berliner städtischen Anstalten und Berliner städtischen Anstalten für Epileptische durch Ankauf von wissenschaftlicher Literatur, hat der verstorbene städtische Oberarzt Dr. Paul Vogelsang der Stadtgemeinde Berlin aus seinem Nachlasse eine Summe von 55 000 Mark zur Begründung einer Oberarzt Vogelsang-Stiftung vermacht. Aus den gesamten jährlichen Zinsen dieser Stiftung sollen jährlich zu gleichen Teilen an die Direktoren oder genannter Anstalten, soweit sie zur Zeit des Ablebens des Testators bestehen, für den angegebenen Zweck Verwendung finden. Für den Fall der Ablehnung der Stiftung durch die Stadtgemeinde soll der Nachlaß an den Fiskus mit der Aufsicht

fallen, aus den Zinsen medizinische Werke für die kgl. Bibliothek anzulassen. Der Magistrat hat aber die Annahme des Nachlasses und die Errichtung der Oberarzt Vogelsang-Stiftung beschlossen.

## Lokales.

Speisung armer Schulkinder. Die Städtische Schuldeputation hat den Direktoren der Gemeindeschulen folgende Mitteilung zugesandt: Auch in diesem Winter beabsichtigen wir, wie bisher, aus den uns zu Gebote stehenden und aus den von wohlthätigen Gubern in Aussicht gestellten Mitteln armen Schulkindern hiesiger Gemeindeschulen während der Unterrichtszeit Frühstück zu gewähren. Nur wirklich nothleidende Kinder sollen dabei berücksichtigt und die Verabfolgung soll in möglichst diskreter Weise vorgenommen werden, einerseits, um das Ehrgefühl verhungrierter Kinder zu schonen, andererseits, um die Vergehrlichkeit weniger gut erzogener Kinder nicht herauszufordern. Damit nun die Frühstückverteilung in diesem Sinne zur Ausführung gelangt, wollen Sie binnen acht Tagen anzeigen, ob die Gewährung von Frühstück in der von Ihnen geleiteten Schule dringend erforderlich erscheint und wie hoch Sie die voraussichtlich notwendige Aufwendung während des Winters schätzen, wobei zu beachten ist, daß Milch nur ausnahmsweise, d. h. an besonders schwächliche Kinder verabreicht werden soll.

Die Angst der Schuldeputation vor der Vergehrlichkeit ist wahrhaft rührend. Welch ein Unglück entstände auch, wenn wirklich ein „weniger gut erzogenes Kind“ oder eins, das nicht dringender der Stillung des Hungers bedürftig, eine Schrippe erhielte, oder wenn gar ein Mädchen, das noch nicht den hypochondrischen Zug im Aussehen trägt, mit einem Gläschen Milch gestärkt würde. In der Sorge, daß niemand zu Unrecht etwas empfängt, hat die Stadtverwaltung es zu genialer Virtuosität gebracht. Wie arg werden wir in der Kinderfürsorge, in der mit verhältnismäßig geringen öffentlichen Mitteln tüchtiges zu leisten wäre, doch von wilden Ländern beschaunt. Um ein Beispiel zu erwähnen, besteht in Christiania schon seit 1895 der Brauch, daß die 4000 bedürftigen Schulkinder nicht allein mit Schrippen, sondern mit nachhaftem warmem Mittagessen aus städtischen Mitteln in der Schule gespeist werden.

Gegen die Ohnen der Zwangsversteigerungen, die in dem belannten Trödelhandel die Ausgepöbelten vollends zum Ruin bringen und jedem Ansehenstehenden das Mitbieten unmöglich machen, macht sich mehr und mehr der Unwille bürgerlicher Kreise geltend. Schon vor Jahresfrist hat der Fabrikant O. Weigert in der „Sozialen Praxis“ dafür plädiert, daß die öffentlichen Wohlthätigkeitsvereine in der Art helfend eingreifen sollen, daß sie durch einen Vertrag mit dem Gläubiger gegen Zahlung des Tagewertes das Eigentum an den Pfandstücken erwerben und dem Schuldner dann die erworbenen Pfandstücke leihweise überlassen. Auch richtete Herr Weigert an die städtische Stiftungsdeputation und an den Verein gegen Verarmung den Appell, durch Ueberbieten den Trödelhandel zu sperren.

Praktischer erscheint ein Vorschlag in der „Post. Ztg.“ Danach sind alle zwangsweise zu versteigernden Sachen in eine städtische Centralverkaufshalle zu bringen, wo sie so aufgestellt werden können, daß eine Besichtigung und Prüfung von allen Seiten möglich ist. Freilich wären für diesen Zweck in Berlin riesige Räume erforderlich, aber sie sind — falls die Stadt nur will — vorhanden. In der großen, fast unbenutzt daliegenden Markthalle in der Grünhaldenstraße, die als Auktionshalle nach jeder Richtung hin genügt. Sodann müßte der mündliche Bietungstermin wegfallen und statt seiner das Bieten in geschlossenem Briefumschlag eingeführt werden. An jedem zu veräußernden Gegenstand müßte außer einer laufenden Nummer der Bietungsschlusstermin deutlich angegeben werden und etwaige Gebote in einem Briefkasten oder einer Urne gesammelt werden.

Ein neuer Landgerichtsrat. Der Amtsrichter Grodtke aus Spandau ist, wie uns von dort berichtet wird, zum Landgerichtsrat ernannt und in dieser neuen Würde an das Landgericht I zu Berlin versetzt worden.

Herr Grodtke hat seine richterliche Pflicht bisher in Streitprozessen nicht selten dadurch geübt, daß er sich mit nicht zu verkennender Schärfe gegen kassendürstige Arbeiter wandte. Am 6. Oktober 1897 fragte er einen wegen Streikpostenfiehens zu vierzehn Tagen Haft verurteilten Maurer: Die Streikposten waren doch gewiß dazu da, um die Arbeitswilligen eventuell zu belästigen? In der Urteilsbegründung warf er dem später von der Berufungsinstanz freigesprochenen Angeklagten das „tadelnswürdige Verhalten eines Aufwieglers“ vor und nannte ihn einen Spion. Am 5. Juli 1898 nannte Grodtke in einem Streitprozeß gegen den Zimmerer Reumann die von dem Zimmerer erhobenen Lohnforderungen unberechtigt und eine Schraube ohne Ende. Die Arbeiter thaten besser, wenn sie die Grodtken, die sie den Agitatoren gaben, für sich verwendeten. Am 25. November desselben Jahres fragte Grodtke in einem Streitprozeß einen Zeugen, der sich auf einem bestimmten Vorgang nicht mehr bestimmen konnte, ob er wohl August habe, Krügel zu bekommen? Der Zeuge sah sich genötigt, gegen eine solche Auffassung des Richters mit aller Energie zu protestieren. Als am 13. Januar dieses Jahres der Maurer Seydel angeklagt war, vier Streikbrecher beleidigt zu haben, unter denen sich ein Mann befand, der schon 18 mal mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft war, fand sich der Amtsrichter Grodtke veranlaßt, dem Angeklagten zuzurufen: Sie scheinen aber auch in der Sache die Fahrwasser geraten zu sein! Der Anwalt halber sei noch folgender Fall erwähnt. Ende vorigen Jahres verurteilte Amtsrichter Grodtke einen sozialdemokratischen Stadtverordneten zu 100 M. Geldstrafe, weil dieser eines Nachts auf der Straße den patrouillierenden Nachtwächter zu unrecht einer Pflichtvernehmung geziehen haben sollte. In der schriftlichen Urteilsbegründung heißt es von dem Angeklagten: Als er sich in der darauffolgenden Nacht wiederum auf der Straße herumtrieb... Er hat sich damit (mit der Nachtwächterbeleidigung) unwürdig seines städtischen Ehrenamtes gezeigt.

Ueber die Art und Weise, wie der Magistrat der Schulnot abhilft, berichtet die „Volks-Ztg.“: Dies Magistratsgrundstück ist sofort zu verpachten! Also ist zu lesen an einer Tafel auf demjenigen Grundstück in der Strahmannstraße, auf dem eine Doppel-Gemeindeküche erbaut werden soll, und zwar eine von denen, die sich nach den Berichten aus dem Nachbarhaus „im Anhangs-Platz“ befinden. In Wirklichkeit ist hier von einem Anfangsstadium nichts zu spüren, nicht einmal die Fundamente sind angefahren, ringsherum schließen aber die Häuser wie Wälle aus der Erde hervor. Und dabei soll diese schon seit zwei Jahren geplante Doppelküche zusammen mit der erst kürzlich beschlossenen in der Hagarstraße der ganzen Schulnot des Nordostens und Ostens steuern!

Aus Frauenkreisen wird uns geschrieben: Die Umwandlung des Pferdebahnbetriebes in den elektrischen Betrieb hat für viele Frauen insofern Unannehmlichkeiten im Gefolge, als ihnen durch die Konstruktion der neuen Wagen der Aufstieg ganz erheblich erschwert wird. Bekanntlich führen nun zwei Stufen in den Wagen, von denen die letzte außerordentlich hoch ist. Für schwächliche Frauen und für solche, die mit dem ihrem Geschlecht eigentümlichen Leiden behaftet sind, bedeutet die beschwerliche Höhe des Aufstiegs nicht selten eine Ver schlimmerung des Leidens, die unter Umständen mit mehrwöchiger Bettlägerigkeit gebüßt werden muß. Man wende nicht ein, daß die gesundheitswidrige Konstruktion der Stufen unerlässlich sei. Die Charlottenburger Straßenbahn besitzt das Gegenteil. Hier gelangt man ohne Anstrengung und ohne daß man eine Schädigung seiner Gesundheit zu befürchten hat, auf drei Stufen auf den Wagen. Viele Frauen würden der Behörde Dank wissen, wenn sie im öffentlichen Interesse die „Große Berliner“ anhielte, ihre Wagen nach dem Muster der Charlottenburger Gesellschaft einzurichten.

Ueber das Verschwinden der Kunstschülerin Gertrud Peler ist noch immer ein geheimnisvolles Dunkel gebreitet. Es ist jetzt



ein Vierteljahr her, seit Fräulein P. aus dem elterlichen Hause ver- schwand und alle Nachforschungen, welche die Polizei im Inlande sowohl als auch im Auslande anstellte, haben zu keinem Resultat geführt. Ihre Angehörigen sind geneigt, an ein Verbrechen zu glauben, während die Polizei meint, die Vermisste habe sich außerhalb des Landes genommen und sei längst unbekannt begraben worden.

**Erpel — unheilbar irrsinnig.** Der bekannte Ein- und Aus- brecher Erpel, welcher vor einigen Jahren wegen eines an dem Wächter Hiesler in Wlodeksee begangenen Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt worden war, ist nunmehr im Zuchthause in der Lehrstraße, woselbst er seine Strafe verbüßen sollte, für geisteskrank erklärt worden. Er ist bereits in eine Irrenanstalt übergeführt worden.

**Die Festnahme von vier angebl. Missionaren** aus Jerusalem wird gegenwärtig von den Sicherheitsbehörden erstrebt. Es handelt sich um Betrüger und Schwindler, die unter frommer Maske als Missionare auf Wand ausgingen. Auf Grund gefälschter Kundenscheine ist ihnen bereits von vielen Behörden die Erlaubnis zum Einwandern von Geldbeiträgen zum Bau einer Kirche in Palästina erteilt worden.

**Einun grausigen Hund** machten vorgestern nachmittags Lohgerber und Anst.-Arbeiter am Schiffbauerdamm. Vor dem Hause Nr. 15 landeten sie einzelne Körperteile eines Menschen, die zum Teil stark verwest, zum Teil schon ganz verfault waren. Es war nur das rechte Bein mit dem Unterschenkel, während das linke Bein, der Oberkörper, die Arme und der Rumpf fehlten. Nach dem Befunde muß die Leiche, von der die Teile herriehren, schon jahrelang im Wasser gelegen haben. Ob es sich um einen Mann oder eine Frau handelt, ließ sich mit Bestimmtheit noch nicht feststellen.

**Strasenspernung.** Die Wilhelmstraße von der Mitte des Kreuzdammes mit der Anhaltstraße bis zur Kochstraße wird wegen Kuppelhaltung vom 20. d. M. bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt. Mit demselben Tage wird die südliche Hälfte der Anhaltstraße für den Verkehr wieder freigegeben. — Die Eichhornstraße wird wegen Ausführung von Gelseisbauten bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

### Aus den Nachbarorten.

**Nitzdorf.** Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“ die Mitteilung, daß am Dienstag, den 10. Oktober d. J., abends 8 1/2 Uhr, in Gröplers Salon, Bergstraße 147 (neuer Saal), die Generalversammlung stattfindet. Wir erlauben deshalb die Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, diese bis Sonntag, den 1. Oktober, in den unten bekannt gegebenen Zahlstellen zu entrichten. Zugleich weisen wir darauf hin, daß nach Willkür zur Treptower Sternwarte, a 25 und 50 Pf., beim Vorstehenden Otto Klein, Kaiser Friedrichstr. 236 (Mittl.), zu haben sind; auch machen wir die Mitglieder auf unsere Bibliothek, welche in letzterer Zeit bedeutend vergrößert ist, aufmerksam. Dieselbe befindet sich bei Wurb's, Lesingstr. 9, und ist täglich geöffnet. Aufnahme neuer Mitglieder sowie Entgegennahme der Beiträge erfolgen täglich in folgenden Zahlstellen: Klein, Restour., Kaiser Friedrichstr. 236. Köpfe, Restour., Karlsplatzstr. 1. Reyeran, Cigarrenhandlung, Herrmannstr. 50. Müller, Restour., Bergstr. 7. Herrmann, Cigarrenhandlung, Kirchhoffstr. 1. Sch., Restour., Jägerstr. 60. Weß, Restour., Knefbeckstr. 135. Preßler, Restour., Reichenstraße 69. Gahn, Restour., Bismarckstr. 10. Schulz, Restour., Bergstr. 81. Schulz, Cigarrenhandlung, Steinmetzstr. 72. Ring, Cigarrenhandlung, Kopstr. 39. Näheres später durch Annonce und Säulenanschlag. Der Vorstand.

**Aus Nitzdorf.** Bis her ist hier die Erstellung der sogenannten „Halben Schanckonzession“ noch immer von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig. Der Magistrat hat nun beschlossen, das alte Ortsstatut vom 22. November 1870, welches diese Bestimmung enthält, aufzuheben und hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung sowie des Bezirksausschusses einzuholen. — Von einem entsetzlichen Unfall wurde am Montagabend ein Eisfahrer der Firma Pahl betroffen. Beim Herabspringen vom Wagen jagte sich der Kerne des spitzen Eischales so tief in die Brust, daß die Lunge mit durchbohrt wurde. Wäre nicht zufällig ein Arzt in der Nähe gewesen, so hätte der Verunglückte verbluten müssen. So gelang es dem Arzte glücklicherweise, die Wunde zu stillen, worauf der Schwerverletzte nach dem Briten Krankenhaus gebracht wurde. — Ein Dreher suchte am Montagabend die unbeschriftete gebliebene Wohnung des Kaufmanns Paul Tischbein in der Berlinerstraße 26 heim. Sie gelangten mittels Nachschlüssel in den Korridor und von dort aus in die Wohnung, die sie gründlich durchsuchten. Da sie das bäre Geld nicht fanden, nahmen die Spüßbuben einen schwarzen Rodanzug, zwei neue Damenkleider, einen Winterpaletot, ein halbes Duzend M. M. gezeichnete Damenhandschen, sowie eine goldene Brosche mit. Die Diebe sind wahrscheinlich in zwei jungen Burschen von 18—20 Jahren zu suchen, welche nachmittags im Hause gesehen worden sind.

**In der Gemeindevertretung zu Friedrichshagen** teilte der Vorsitzende zur Frage der Anlage einer elektrischen Bahn von Berlin nach Friedrichshagen mit, daß die Firma Behring u. Wächter trotz erfolgter Aufforderung durch den Gemeindevorstand bisher noch keine Mitteilung über den Abgangspunkt der Bahn, der Fahrzeit und dem Fahrpreis gemacht habe. Er die Firma eine bindende Erklärung hierüber nicht abgegeben habe, könne dem Projekt nicht näher getreten werden. — Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß die Regierung sowie das Provinzial-Schulcollegium gewillt sind, der von der Vertretung beschlossenen Errichtung einer höheren Knabenschule die Genehmigung zu erteilen, wenn die Gemeinde die vorgeschriebenen Verpflichtungen zu erfüllen in der Lage ist. — Der letzte Punkt betraf die Einweihung des Rathauses. Der Vorsitzende und verschiedene Vertreter gaben dem Wunsch Ausdruck, diese Gelegenheit durch einen feierlichen Akt verbunden mit einem Festessen zu begehen. Die Genossen Wirth und Sonnenburg lehnten die Beteiligung an der Feierlichkeit ab, da dieselbe einen patriotischen Charakter hat, was ihrer politischen Gesinnung widerspricht. Sonnenburg sprach die Erwartung aus, daß die Festteilnehmer auch die Kosten tragen und keine Gemeindegelder zu dem Vergnügen verwenden würden. Sollte man aber in dem Vorteil greifen, so möge man zur Feier des Tages den Armen eine Extra-Unterstützung gewähren. Nach längerer Debatte wurde ein fünfgliederiger Festausschuß gewählt. Die Gemeindeglieder beteiligten sich an der Feier auf ihre eigenen Kosten, die auswärtigen Ehrengäste werden von der Gemeinde bewirtet.

**Charlottenburg** erhält vom 1. Oktober ständige Droschkentalerplätze. Vorläufig sind 17 solcher Plätze vorgesehen, auf denen insgesamt mindestens 28, höchstens 113 Droschken halten sollen. Sobald also eine Charlottenburger Droschke einen derartigen Halteplatz erreicht, muß sie vom 1. Oktober ab halten bleiben, sobald die Mindestzahl noch nicht erreicht ist. Halteplätze sind die Bahnhöfe, das Amtsgericht, Hippodrom, Wilhelmplatz (mit Reservierplatz an der Spreestraße), Luisenplatz, am Salzsee, bei der Trinitatiskirche, am Aufstiegsdamm, in der Leibnizstraße (zwei), in der Wallstraße, in der Lütkestraße und in der Passauerstraße, sowie in der Kantstraße.

**Schmargendorf.** Am Dienstag lag der Gemeindevertretung der Entwurf einer Polizei-Verordnung, betreffend die gewerbliche Kinderarbeit vor. Nach dem Bericht der Schulinspektion werden hier 80 Knaben mit Regelaufgaben, 6 mit Schülfrück- und 9 mit Zeitungsaustagen beschäftigt; ferner verrichten 6 Mädchen Aufsichtsdienste. Der Entwurf verbietet nun die gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren überhaupt und erlaubt die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder im Sommer nicht vor 6 Uhr morgens und nicht nach 6 Uhr abends, im Winter nicht vor 7 Uhr morgens und nicht nach 8 Uhr abends. Die Beschäftigung hierüber wurde noch ausgesetzt, weil die Sache nicht so

eilig“ sei. Kommt dieser Entwurf humanitären Bestrebungen und pädagogischen Wünschen in nur geringem Maße nach, so baut er andererseits denjenigen, die für Kinderarbeit schwärmen, eine Brücke, denn er enthält die Bestimmung, daß Ausnahmen zulässig sind. — Aus den weiteren Verhandlungen ist hervorzugehen, daß die Errichtung eines Wochenmarktes beschlossen wurde. Der Markt soll Mittwoch und Sonnabends von 8—1 Uhr auf dem Grampas-Platz abgehalten werden. Standgeld wird nicht erhoben. — Wegen Durchführung der Kirchstraße wurde der Gemeindevorstand beauftragt, in weitere Verhandlungen einzutreten.

**Aus Potsdam** wird berichtet: Durch grobe Fahrlässigkeit wurde am Dienstagvormittag der neunjährige Knabe Schröder schwer verletzt. Er hatte schon längere Zeit dem im Hause Lennestr. 89 wohnenden Gärtner Dunt dadurch Kergernisse bereitet, daß er denselben hänselte und öfter durch dessen Fenster in die Wohnung blühte. Dunt hatte deshalb schon mehrmals, angeblich scherzweise, gedroht, er würde den Knaben todschießen, und als nun Schröder heute wieder durchs Fenster blühte, ergriff Dunt ein an der Wand hängendes Leinwand, von dem er glaubte, es sei nicht geladen, zielte und drückte los. Leider war das Gewehr geladen; der Knabe wurde so unglücklich in den Kopf getroffen, daß wohl beide Augen die Sehkraft verlieren werden. Während Schröder nach dem St. Josephs-Krankenhaus gebracht wurde, führte man den höchst verzweifelten Dunt zur Polizei.

**Von den Räubern an der Oberpreese** sitzen jetzt drei hinter Schloß und Riegel. In Grünau wurde Dienstag früh ein Bursche namens Müller verhaftet, der von Verhafteten als Mitglied der Spießbudenbande wiedererkannt worden ist. Er hat seine Spießgesellen namhaft gemacht, von denen gestern früh zwei verhaftet wurden. Diese sollen heute den Verhafteten vorgeführt werden. Müller will nur an dem einen Ueberfall beteiligt gewesen sein, die beiden andern streiten noch, überhaupt an den Raubzügen teilgenommen zu haben. Gegen Müller, der früher in einer Schmalziederei in Friedrichsberg beschäftigt gewesen ist, schöpft zuerst der Gemeindevorstand in Grünau Verdacht. Alle drei Verhafteten sind junge Burschen, die schon mehrfach bestraft worden sind; sie wohnen in Grünau und Köpenick. Es ist zu hoffen, daß auch die übrigen Mitglieder der Bande, die man jetzt kennt, bald erwischt werden und die Ueberfälle damit ein Ende haben. Müller hat sich dadurch veraten, daß er bei dem Ueberfall des Hauff erzählt, er habe mit dessen Tochter öfter bei Wermüller in Grünau getanzt. Dort erschien er am Sonntag wieder und wurde von dem Gemeindevorstand gleich aufs Korn genommen.

### Gerichts-Zeitung.

**Berliner Schankente.** Ein heftiger Zusammenstoß mit einem Schuttmann führte den Schuttmann Ludwig Pipin wegen Verleumdung und Widerstandes in Idealkonkurrenz mit Körperverletzung vor die 136. Abteilung des Amtsgerichts I. Einem Tages stand der Angeklagte, welcher früher selbst Schuttmann gewesen war und sich tadellos geführt hatte, mit dem Schankwirt Seehaus vor dessen Lokal in der Koppensstraße, als sich der Schuttmann Dürbaum näherte. Seehaus begrüßte den ihm bekannten Beamten mit einigen scherzhaften Bemerkungen, der Beamte erwiderte ebenso und schließlich fand sich der Angeklagte demütigt — wie er behauptet, aus Scherz — Bemerkungen fallen zu lassen, wie: die Schankente nasauern gern, sie geben gern dorthin, wo es was umsonst zu kaufen“ gibt usw. Der Schuttmann Dürbaum sagte die Sache jedoch als Ernst an und wollte den Angeklagten zur Wade fittieren; nach seiner Angabe soll ihm der Angeklagte darauf sofort ins Gesicht geschlagen haben, daß der Helm zur Erde fiel; darauf zog der Schuttmann blaut, der Angeklagte entziff ihm jedoch den Säbel und beide belamen das Ringen. Zuschauer brachten später Helm und Säbel zur Wade. Der Angeklagte behauptete, er habe — was von Seehaus bestätigt wurde — dem Beamten zugerufen: „Sie kennen mich ja, ich wohne vis a vis.“ Trotz wiederholten Vorhaltens seitens des Vorsitzenden bestritt der Beamte kategorisch, diese Worte gehört zu haben; ebenso wenig habe er damals schon den Angeklagten gekannt, was dieser behauptete, da er bereits 4 Jahre, der Beamte 5 Jahre in jenem Revier wohne. Der Angeklagte will sich bei dem Vorgange in Notwehr befinden haben; der Schuttmann habe ihn zuerst angefaßt und ihn und her gezerrt, das habe er sich allerdings nicht gefallen lassen. Die Sistierung sei übrigens unberechtigt gewesen, das wisse er als früherer Schuttmann. Dürbaum hätte erst die Legitimation fordern oder sich bei Seehaus nach ihm erkundigen sollen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er das nicht gethan habe, was doch seine Instruktion vorschreibe, erwiderte Dürbaum: weil er ärgerlich gewesen sei. Während Dürbaum und der Angeklagte noch im Ringen begriffen waren, kam der Schuttmann Wegener hinzu und wurde von dem Schuttmann Dürbaum aufgefordert, ihm bei der Sistierung des Angeklagten zu helfen. Wegener rief dem Schuttmann Wegener, der ihn kannte, zu: „Ich bin der Schuttmann Pipin. Sie kennen mich doch!“ Wegener jedoch erwiderte: „Heute kenne ich Sie nicht“, und half bei der Sistierung, der sich der Angeklagte nun ruhig fügte. Wegener begründete auf Befragen des Vorsitzenden sein Betragen damit, daß er ja nicht gewußt habe, was vorgefallen sei, und daß durch die Sistierung der Tatbestand festgestellt werden sollte. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten im vollen Umfange für schuldig und beantragte 1 Monat Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen der zugegebenen Verleumdung zu 30 Mark Geldstrafe und Publikation und sprach ihn im übrigen frei, da die Beamten sich bei der Sistierung nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befunden hätten.

**Die preussische Vereinsmüßigkeit gegen Arbeiter-Radfahrer.** Die Frage, ob der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein auf öffentliche Angelegenheiten einwirke, beschäftigt schon seit Monaten die Gerichte. Der Vorsitzende des genannten Vereins, Bildhauer Max Kern in Charlottenburg, gibt zu, daß sein Verein vor dem Jahre 1896 sich der sozialdemokratischen Agitation zur Verfügung gestellt habe. Am aber dem Verein möglichst alle radfahrenden Arbeiter zuzuführen, ferner um dem deutschen Radfahrerbande „Solidarität“ beitreten zu können, habe der Verein als solcher jede Tätigkeit zu Gunsten der Sozialdemokratie eingestellt, und am 18. Juli 1896 in seinem Statut ausdrücklich als einziger Vereinszweck die Pflege des Radports in Arbeiterkreisen bezeichnet. Aus diesem Grunde habe der Vorsitzende sich geweigert, einer im März 1896 an ihn ergangenen Aufforderung der Polizei, die Mitgliedsliste einzureichen, Folge zu geben. — Das Schöffengericht zu Charlottenburg hat dagegen den Berliner Radfahrer-Verein als einen auf öffentliche Angelegenheiten einwirkenden bezeichnet und den Vorsitzenden Kern wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, bezogen durch Nichterreichung der Mitgliedsliste, zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt. Gegen dies Urteil hat Kern Berufung eingelegt. Das Landgericht hat sich bereits zweimal mit der Angelegenheit beschäftigt, aber jedesmal die Herbeischaffung neuer Beweismittel beschlossen. Am Mittwoch verhandelte die zweite Strafkammer des Landgerichts II zum drittenmal in dieser Sache. Die Staatsanwaltschaft behauptete, die bezeichnete Statutenänderung sei nur ein Mandat zur Umgehung des Vereinsgesetzes gewesen, und sie fährt, um zu beweisen, daß der Verein auch nach der Statutenänderung noch zu Gunsten der Sozialdemokratie gewirkt habe, folgende Momente ins Feld: Der „Arbeiter-Radfahrer“, eine politische Zeitung, sei Organ des Vereins. Der Verein besitze ein Lieberbuch für Arbeiter-Radfahrer, welches Lieber politische Tendenz enthalte. Ferner habe der Verein — was durch Ausschnitte aus dem „Vorwärts“, die das Polizei-Präsidium dem Gericht zugestellt hat, dargehen werde — zu wiederholten Malen bei sozialdemokratischen Partifesten des 5. und 6. Wahlkreises durch Aufführungen mitgewirkt. Der Verein habe — was gleichfalls aus einem „Vorwärts“-Bericht hervorgehe — einen besonders schönen Kranz auf dem Friedhof der Märzgefallenen niedergelegt. Aus dem Protokoll-

buch des Vereins gehe hervor, daß die Mitglieder keinem anderen Radfahrer-Verein angehören dürften, daß beschlossen worden sei, die Vereinsmützen von einem Parteigenossen zu laufen, und daß die Mitglieder sich mit der unter Sozialdemokraten üblichen Bezeichnung „Genosse“ anreden. Ferner habe der Verein zum Streik der Hamburger Hafenarbeiter und zum Streik der englischen Maschinenbauer je 25 M. gespendet, er habe Agitationstouren — wie die Anklage anminnt — zu Gunsten der Sozialdemokratie unternommen, er habe im „Vorwärts“ inseriert (!) und seiner Zeit be- schlossen, die Bafelfahrt-Gesellschaft, weil sie damals von der Arbeiterschaft boykottiert war, nicht zu benutzen. Dies alles lasse darauf schließen, daß der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein einen sozialdemokratischen Charakter trage. — Der Angeklagte behauptet demgegenüber, daß sein Verein seit dem Jahre 1896 nicht mehr für die Sozialdemokratie thätig gewesen sei. Bei denjenigen Gelegenheiten, aus denen eine solche Thätigkeit gefolgert werde, handle es sich nur um die rein private Mitwirkung einzelner Vereinsmitglieder. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, trat den für die Anklage ins Feld geführten Gründen im einzelnen entgegen. Er führte unter anderem aus: Der Umstand, daß der Verein eine politische Zeitung als Publikationsorgan gewählt habe, kennzeichne den Verein ebensowenig als einen politischen, wie etwa ein wissenschaftlicher, wohlthätiger oder geselliger Verein dadurch zu einem politischen werde, daß er — was ja sehr häufig vorkomme — seine Vereinsangelegenheiten in einem politischen Blatte publiziert. Wenn gegen den Verein geltend gemacht werde, daß in dem von ihm benutzten Lieberbuche auch Gedichte politischen Inhalts enthalten seien, so sei darauf hinzuweisen, daß auch die Kommerzblätter der städtischen Vereine politische Lieder enthielten, ohne daß schon jemand daran gedacht habe, solche Studentenvereine deshalb für politische zu halten. Wenn ein Teil der Vereinsmitglieder als Radfahrer neben den Norddeutschen Sängern und anderen Künstlern bei Partifesten mitwirkten, so gebe das dem Verein noch nicht den Charakter eines auf öffentliche Angelegenheiten einwirkenden Vereins. Sei es doch noch niemandem eingefallen, die Norddeutschen Säger und ähnliche Künstlervereinigungen, weil sie die Feste politischer Vereine verschönern halfen, als politische Vereine zu erklären. Die Bezeichnung „Genosse“ sei — allerdings infolge der Einwirkung der Sozialdemokratie — unter den Arbeitern eine allgemein übliche Anekdote geworden. Man könne wohl jeden Tag einige tausend hören, daß ein Arbeiter zum andern sagt: „Genosse, wir wollen ein Glas Bier trinken.“ Aber es werde doch niemand deshalb das Biertrinken für eine politische Thätigkeit halten. Der Verein habe durch die Änderung der Statuten keineswegs das Vereinsgesetz umgehen, sondern sich vielmehr den Bestimmungen desselben anpassen wollen, er habe also gethan, was jedermann thue, der sich den Gesetzen füge und Verstöße gegen dieselben vermeiden wolle. — Der Gerichtshof verwarf die Berufung und bestätigte das Urteil der ersten Instanz. Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus: Das Gericht nehme an, daß der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken beabsichtige. Aus dem Verhalten des Vereins ergebe sich, daß sich derselbe in den Dienst einer politischen Partei stellt. Jedes einzelne der angeführten Indizien würde für sich allein allerdings nicht zur Begründung des Urteils ausreichen, aber das Zusammenwirken aller von der Anklage angeführten Thatfachen lasse erkennen, daß es die Absicht des Vereins sei, sich in den Dienst der sozialdemokratischen Partei zu stellen!

**Aus Essen a. R.** wird uns berichtet: Beim vorjährigen Mauerstreik wurden auf Anordnung der Polizeibehörde nicht nur Streikposten, sondern überhaupt Mauerer, die sich auf der Straße aufhielten und von denen die Polizei annahm, sie ständen Streikposten, ohne weiteres sistiert. Dies postierte auch dem Mauerer Gahmann. Der Sistierte will nun auf dem Wege zur Polizeiwache aus dem Munde des ihn verhaftenden Polizeibeamten die Worte gehört haben: „Wenn ich der Oserode — einer der Streikleiter — nur einmal am Bahnhof treffen könnte, dann wollte ich gern drei Mark an die Armenkasse geben.“ Der betreffende Beamte hat nun mit einem anderen nicht nur viel Ähnlichkeit in der Figur, sondern auch im Namen. Der erstere heißt Heufeler, der andere Henkel. Gahmann kannte keinen von beiden. Einige Tage später sah er den vermeintlichen Beamten, der ihn verhaftet hatte und fragte die ihn begleitenden Kollegen nach dem Namen desselben. Er hörte den Namen Henkel. Diesen Namen hielt er gut im Gedächtnis. Im „Werk“ wurde nun u. a. auch diese Sache zur Sprache gebracht. Die Polizei stellte Strafantrag gegen den Radacteur und es erfolgte auch Verurteilung. In der Urteilsbegründung heißt es aber doch, daß sich die Polizei unkorrekt verhalten hätte! Während dieser Verhandlung bejahte Gahmann, daß Henkel die betreffende Aeußerung gemacht habe. Henkel stellte das unter Eid in Abrede. Nach kurzer Zeit machte der Beamte Heufeler bei seinem Vorgefetzten die Meldung, daß er es gewesen sei, der den Gahmann verhaftet habe. Gegen Gahmann wurde nun das Verfahren wegen Falschheid eingeleitet; die Behörde nahm ihn am 21. Mai in Untersuchungshaft. Nach der Weisungsaufnahme in der vor einigen Tagen erfolgten Verhandlung wider Gahmann bemerkte der Staatsanwalt, daß dem Angeklagten geglaubt werden könnte, er habe zuerst nach bestem Wissen ausgesagt, doch hätte er, als Henkel unter Eid die ihm zugeschobene Aeußerung geleugnet habe, seinen Irrtum einsehen und eingestehen müssen. Weil er dies nicht gethan, habe der Angeklagte sich des jahrelängigen Falschheid schuldig gemacht. Er beantragte einen Monat Gefängnis. Das Gericht ging jedoch über das beantragte Strafmaß hinaus und erlachte auf drei Monate, die durch die Unterdrückungshaft für verübt erachtet wurden.

**Ein Staatsanwalt von seltener Gewissenhaftigkeit** ist derjenige des Kantons Schwyz, der Nationalrat Dähler. Vorige Woche stand ein sittlich verkommenen Mensch, der Scharler Fähler, vor dem Schwurgericht in Schwyz unter der Anklage, seine Frau ermordet zu haben. Er hatte mit ihr an dem Vierwaldstättersee einen Ausflug gemacht, wobei die Frau von der Agentin in den See stürzte und ertrank. Eine ganze Reihe schwerer Indizien sprachen dafür, daß Fähler seine Frau hinabgestürzt, also einen Mord begangen hatte. Der Staatsanwalt nun war überzeugt, daß ein Selbstmord der Frau nicht stattgefunden habe, ebensowenig sei ein Unglücksfall anzunehmen und es sei daher gewiß, daß Frau Fähler durch verbrecherische Hand ums Leben gekommen sei. Die Staatsanwaltschaft sei auch von der Schuld Fählers überzeugt, sie erschrecke aber vor der Verantwortung, den Angeklagten wegen Mordes zu verurteilen zu lassen und stelle daher den Antrag, den Angeklagten wegen des Verbrechens des Mordes an seiner Frau unter hohem Verdachte der Schuld von der Justiz zu entlassen und ihm die Kosten aufzuerlegen. Das Schwurgericht sprach aber entgegen dem Antrage des Staatsanwalts den Fähler schuldig und verurteilte ihn zu 30 Jahren Zuchthaus.

**Durch Hungerlohn zum Diebstahl getrieben.** Die „M. Post“ berichtet folgenden bemerkenswerten Fall: Dieser Tage hatte sich vor dem Schöffengericht München eine 17-jährige Labnerin wegen Diebstahls zu verantworten. Das Mädchen war im Korsettgeschäft von D. Lewandowsky, Marienplatz, mit einem monatlichen „Salär“ von sage und schreibe fünfzehn Mark (!) in Stellung und stand unter Anklage, ihrem Chef nach und nach 8 Korsetts, einen Damen-Unterrock, einen Warbetrag von 80 Pf. und sonstige Kleinigkeiten im Gesamtwerte von 80 M. entwendet zu haben. Die Mutter mußte wegen Heßerei neben der Tochter auf der Anklagebank Platz nehmen. Die Tochter war des Diebstahls geständig, die Mutter leugnet die Heßerei. Der Staatsanwalt Graf Bestalozzo meinte in seinem Plaidoyer, daß nach dem Gesetze das Mädchen bestraft werden müsse, obwohl ihm bei einem derartigen Hungerlohn, wenn es keine Sittenreinheit nicht zum Opfer bringen wollte, nichts anderes übrig blieb, als zu stehlen. Das Gericht verurteilte die Labnerin wegen Diebstahls







Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Brünn, 26. September 1899.

III.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission stellt die Anwesenheit von 118 Delegierten (inkl. der Parteivertretung und der Fraktionen) und 3 Gästen fest. Die 118 Delegierte zerfallen der Nationalität nach in 64 Deutsche, 88 Tschechen, 10 Polen, 1 Ruthenen, 2 Slowenen und 1 Italiener; unter den Delegierten befanden sich 5 Frauen: 3 deutsche, 2 tschechische.

Hierauf wird in die Verhandlung von Punkt 3 eingetreten:

Organisation der Gesamtpartei.

Der Referent Josef Krapfa-Wien konstatiert, daß die Autonomie der nationalen Organisationen der Partei gestärkt und gefestigt hätte. An der Organisation der Gesamtpartei empfehlen sich einige Änderungen.

1. Soll bestimmt werden, daß der Gesamt-Parteitag mindestens in jedem zweiten Jahre in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet.

2. Um ein einheitliches Bild von der Thätigkeit der Gesamt-Organisation zu bekommen, haben die an den Gesamt-Parteitag zu erstellenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamt-Parteitag stattfindet.

3. Die Mitglieder der Gesamtvertretung, sowie die socialdemokratischen Reichsrats-Abgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

4. Die politische Leitung der Gesamtpartei liegt der Gesamtvertretung der Socialdemokratie in Oesterreich ob. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamt-Parteitag. Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Organisationen zusammen. Inwieweit einzelne Exekutivkomitees ihren Sitz nicht am Sitz der Gesamtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigene dazu gewählte Delegierte geschehen, die am Sitz der Gesamtvertretung wohnen.

5. Die Gesamtvertretung der Socialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten auf Ersfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitage verantwortlich.

6. Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomitees teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

7. Kontrolle. Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der verflochtenen Periode diese Funktion ausüben, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

Neben diesen Anträgen der Gesamtexekutive liegen eine große Reihe von Anträgen vor, die eine Abänderung des Organisationsstatuts bezwecken.

Die Debatte über alle diese Anträge nimmt die ganze Sitzung des heutigen Tages in Anspruch.

Sie führt zu folgenden Beschlüssen: Angenommen werden die Anträge der Parteivertretung und folgende zwei Anträge der Wiener Genossen des I. und V. Wahlkreises:

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.“

„In allen Landeswahlkreisen und Bezirks-Organisationen müssen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.“

Ein Antrag des Gewerkschaftssekretärs Huber-Wien, für die Gesamtparteivertretung einen gemeinschaftlichen Sekretär anzustellen, wird, weil zur Zeit nicht durchführbar, zurückgezogen.

Ein Antrag des Frauen-Reichskomitees findet in folgender von Hannich und Adler vorgeschlagener Form Annahme: „Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte, und wo Frauenorganisationen (organisierte Arbeiterinnen) bestehen, auch eine Frau als Delegierte zum Gesamtparteitage zu entsenden.“

Als Sitz der Gesamtparteivertretung wird wieder Wien bestimmt.

Damit schließen die heutigen Verhandlungen.

Verfassungen.

Rabispurger. In der am 26. September stattgefundenen Versammlung der Rabispurger berichtete Kollege R i e l e über den Stand der jetzigen Lohnbewegung. Daran ging hervor, daß sämtliche Firmen, mit Ausnahme von Stüwe und Wagenknecht, die Forderung der Fuger bewilligt haben. Da die Kollegen bis auf fünf Mann anderweitig in Arbeit sind, wurde beschlossen, den Streik aufzuheben, aber die beiden oben genannten Firmen die Sperre aber aufrecht zu erhalten. Im weiteren wurde mitgeteilt, daß auch die Forderung der Plattenarbeiter bei der größten Firma bereits bewilligt ist; da auch die übrigen Firmen sich entgegenkommend zeigen, dürfte auch bei dieser Berufsgruppe die Lohnbewegung in den nächsten Tagen beigelegt werden. Ferner wurde bekanntgegeben, daß sich der Arbeitsnachweis vom 2. Oktober ab Kommandantenstr. 63 bei Ladewig befindet. Dasselbst werden auch jeden Sonntag die Beiträge entgegengenommen.

Öffentliche Versammlung der Rixdorfer Kartell-Delegierten am 22. d. M. Zunächst teilt R i e r i c h mit, daß sämtliche Arbeitnehmer zum Gewerbeamt vertreten sind und nur noch einige Arbeitgeber fehlen, wozu jeder Delegierte aufgefordert wird, sich um thätige Personen zu bestimmen. Sodann giebt R i e r i c h bekannt, daß sämtliche Gelder, welche eingegangen sind, an die dänischen, die Steinarbeiter und an die Lederarbeiter zu Wiffler verteilt worden sind. Dem Bericht der Tabalarbeiter giebt S p j e r, der der Möbelarbeiter wird bis zur nächsten Sitzung verlegt. Als Ausschmittglieder wurden W i n g u t h und B e n n e w i g gewählt. Ferner wurde eine Resolution der Gastwirtsgehilfen angenommen, welche besagt, daß bei Vergütungen und Versammlungen nur Arbeiter aus ihrem Arbeitsnachweis genommen werden sollen. Die Vorechnung des Vorstehenden des Kartells wurde in bester Ordnung gefunden und ihm Decharge erteilt.

Friedrichsfelde. Am 21. d. M. hielt der Socialdemokratische Wahlverein von Friedrichsfelde und Umgegend im Lokal von Schulz eine Versammlung ab, in welcher Genosse S c h a l l über „Prostitution und Syphilis“ sprach. In der Diskussion wurde namentlich die Jungfrage berührt. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß die Generalversammlung am 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Schulz stattfindet und erinnerte die Mitglieder an § 3 des Statuts.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag 28. September.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Auf Straßelaub. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kenes Opera-Theater (Kroll). Geschlossen.

Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leffing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Saja. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schüler. Nora. Anfang 8 Uhr.

Neues. Klotz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Orken. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Der Playmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kestenz. Der Schlafwagen. Controlleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Puffen. Die Stüge der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ostend. Das Fest auf Solhang. Vorher: Der Paria. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Die weiße Genne. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Reize nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Hund um Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Zauderstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Nora. Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. Freitag, abends 8 Uhr: Nora. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Ehre.

Friedrich-Wilhelmstheater. Chausseestr. 25/26.

Abends 8 Uhr: Zum 19. Male: Die Reize nach der Teufelsinsel. In Scene gesetzt vom Dir. Max Samst. 1. Bild: Aus im Dreyfus. 2. Bild: Verbündete Mächte. 3. Bild: Attentat und Verrat. 4. Bild: Das belagerte Haus. 5. Bild: Die Gerichtsverhandlung. 6. Bild: Apotheose. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Des Meeres und der Liebe Wellen oder: Hero und Leandro.

Thalia-Theater. Tel. Amt IVa 6440. Drosdenstr. 72/73.

Heute und folgende Tage: Der Playmajor. Prachtvolle neue Ausstattung! Thomas, Thiescher, Helmerding, Junkermann.

Im 2. Akt: Gr. Matosky. Terzett. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung Konzert im Lammel.

Central-Theater. Direktion: José Ferenczy.

Die Geisha oder: Eine japanische Ehehaudgeschichte. Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Edwin Jones. Anfang 7 1/2 Uhr: Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen: Der Rigeunerbaron von Johann Strauß.

Ostend-Carl Reij-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132.

Größtenteils-Vorstellung der Deutschen Volksschöne. Prolog vom Professor Felix Dahn, gesprochen von Gustav Kober. Das Fest auf Solhang. Schauspiel in 3 Akten v. Henrik Ibsen. In Scene gesetzt von Robert Bach. Vorher: Der Paria. Trauerspiel in 1 Akt v. Michael Beyer. In Scene gesetzt von Rob. Bach. Die Dekorationen hat die Urania in liebevollster Weise zur Verfügung gestellt. — Anfang 8 Uhr. — Im Lammel vor u. nach der Vorstellung Prokonzert. Morgen: Um 1000 Frank. In Vorbereitung: Der Weltuntergang. Gr. Ausstattungsgeld mit Anfang aus dem Englischen des Jan. Smith, eingerichtet für die hiesige Bühne v. Dir. Carl Reij u. Jos. Dill. Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: Freie Volksschöne, II. Abtheilung: Faust.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57.

Direktion: Richard Schulz. Letzte Woche! Berlin laßt! Jane Plesny etc. etc. Sonnabend, den 30. September: Rund um Berlin. Gr. Berliner Revue u. Julius Freund. Musik von Gumbshofer. Vorher: Dehli v. Mlle. Diderle. Grand Avile de Paris. Das neue prächtige Spezialitäten-Programm.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a.

Täglich außer Sonnabends Hoffmanns Norddeutsche Sänger. Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Borverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf. Donnerstags und Sonntag nach der Soiree: Tanz-Kränzchen.

Urania. Tanbenstrasse 48/49.

Im Theater abends 8 Uhr: Der Sieg des Menschen über die Natur. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Hippels Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

Noacks Festsäle. Brunnenstr. 16. (2914b)

Sonnabend, den 4. November: Umhänthalber frei geworden

Alcazar-Theater. Variété I. Rang. Drosdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.

Auftreten von absolut erstklassigen Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf. 23889 Die Direktion: Richard Winkler.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.

Centrale H. & M. Lewent. Beamten Zahl.-Bed. ohne Kazahl.

CASTANS PANOPTICUM. 165. Friedrichstrasse 165.

Neu! Die haultenden und tanzenden Neu! Derwische: aus Ober-Aegypten: Ohm Krüger \* Dreyfus Mercier \* Zola.

W. Noacks Theater. Brunnentstraße 16.

Deuts. Donnerstag, 28. September: Der Stabstrompeter. Pöffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Mannhald. Musik von Steffens. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

Victoria-Brauerei. Viktoriastraße 111/112.

Jeden Freitag und Freitag: Nordd. Sänger (Fährmann, Horst, Waide). Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Jeden Donnerstag: Gr. Ball. Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf.

Victoria-Theater. G. Alexanderstr. 46. Fernst. VII 1711.

Direkt.: V. Bauschwein u. C. Emmorich. Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 19. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: Novität! Die weiße Henne. Novität! (La poule blanche). Sandweide in 3 Akten von Demmequin und Mars. Deutsch v. Volten-Bäcker. Musik v. B. Roger. In Paris misseriat. Erfolge über 500 mal gegeben.

Für die während der Krankheit und bei der Beerdigung meines lieben Mannes bewiesene herzliche Teilnahme sage ich allen, insbesondere der Firma für Blechemballage O. F. Schäfer sowie dem Personal meinen innigen Dank. Witwe Goeritz und Kinder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau Marie Schiedelei sage ich allen Beteiligten, besonders dem Gesangsverein der Schützen, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank. J. Schodetski, Schillingstr. 24.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“

Konzertgarten u. Prachtfeste Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16. Täglich: Gr. Promenaden-Konzert. Jeden Donnerstag: Elite-Streich-Konzert. Sonntags: Großer Ball im neuerbauten Saal. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Maehrs Theater. Oranienstr. 24.

Der Herzverführer. Operette in 1 Akt v. Leopold Hg. Brotherr Rung. Fräulein Alexandr. Franziska Held. Elsc Massor. Trudo Bürgel. Gustav Eulenburg. Paul Frey etc. Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Vorzugskarten an Wochentagen gültig

Nonnenbergs Restaurant. Treptow, Parkstrasse.

Großer Saal. — Großer Garten. Jeden Sonntag: Ball. (23889) Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Bruch-Preßlohlen. Centner 75 Pf.

sowie sämtliche anderen Brennmaterialien und diese zu haben bei Schulz, Urbanstr. 171. 29196



In einigen Ankündigungen betreffend Dr. Mampes bittere Tropfen ist es übersehen worden, darauf hinzuweisen, dass es sich um die

Marke Elephant

handelt. Die von meiner Firma hergestellten Dr. Mampes bittere Tropfen tragen sämtlich diese Schutzmarke.

Berlin, Veteranen-Str. 24.

Carl Mampe.



